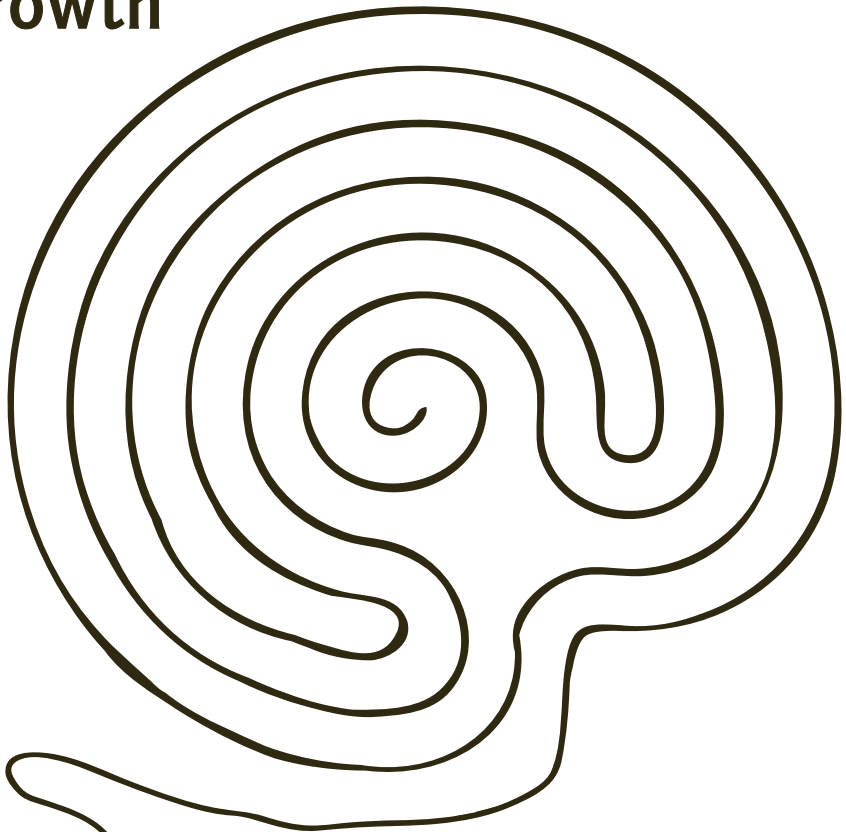


Frank Adler

Wachstumskritik Postwachstum Degrowth



Wegweiser aus der
(kapitalistischen) Zivilisationskrise

Inhalt

Vorbemerkungen	13
Einleitung	19
1 Vor einer Wachstumswende zu „De-Growth“? Elemente einer Zeitdiagnose	47
1.1 Sinkende Wachstumsraten – „säkulare Stagnation“?	47
1.2 Fortdauernde Wohlstandsgewinne durch BIP-Wachstum?	53
1.3 Wachsende Ungleichheiten in den „reichen“ Ländern – aufholendes Wachstum der „armen“ Länder?	59
1.4 Zunehmende ökologisch-soziale Risiken trotz öko-technologischer Innovationen	62
1.5 Ausweg technologische Entkopplung? „Grünes Wachstum“?	68
1.6 Ausgelagerte Nebenwirkungen kehren zu uns zurück	73
1.7 Paradoxien des expansiven „Fortschritts“ vs. Verheißungen der Moderne	75
1.8 „Historische Mission erfüllt“ – Wachstumswende mit offenem Ausgang?	78
1.9 Postwachstum/Degrowth als Hypothese und konkret-utopische Vision	80

2	Wirtschaftswachstum	85
2.1	Überschüsse – ihre Quellen, Triebkräfte und Metamorphosen	86
2.2	Wachstumskonstellationen	93
2.3	Wachstum als Paradigma und Ideologie	98
2.4	Wachstum – Moment wachstumsgesellschaftlicher Steigerungslogik	106
3	Was bedeuten und worauf zielen Wachstumskritik, Degrowth, Postwachstum?	111
3.1	Wachstumskritik, Degrowth, Postwachstum – was ist damit jeweils gemeint?	111
3.2	Kritik: Themen und Argumente	117
3.2.1	Ökologisch argumentierende Wachstumskritik	118
3.2.2	Sozialökonomische Kritik	122
3.2.3	Ausbeutungsverhältnisse, Ungleichheiten und Externalisierungen	124
	Kapitalismuskritische Ansätze	124
	Feministische Autor*innen	127
	Globale Süd-Nord-Ungleichheiten	131
3.2.4	Kulturkritik vs. Wachstumssubjektivität, Utilitarismus, Konsumismus	137
	Wachstumssubjektivität	139
	Anti-Utilitarismus und Konvivialismus	141
	„Konsumismus“	143
3.2.5	Kritik an industrialistischen Strukturen und Denkweisen	147
3.3	Visionen: „Ziel-Werte“ und (Reform)Vorschläge für eine PW-Transformation	150
3.3.1	Bedingungen und Inhalte eines Guten Lebens – für alle	152
3.3.2	Ökologische Nachhaltigkeit – global gerecht verwirklichen	160
3.3.3	Soziale Gerechtigkeit – global und innerhalb von Gesellschaften	166
3.3.4	Wachstumsunabhängigkeit – Befreiung von Wachstumszwängen	170
3.4	Übergänge zu Postwachstum – Wege und Strategien	181
	Nischen und Freiräume transformativ gestalten und nutzen	182

	... und gemeinsam mit sozialökologischen Reformen zur Gegenhegemonie pro PW/D	187
3.5	Postwachstum/ Degrowth – Akteurspektrum und transformative Praxis	191
	PW/D – eine sich formierende soziale Bewegung oder ...	194
	... Spektrum von Strömungen und Akteuren?	195
	Transformative Potenziale von PW/D	198
	Widersprüche und „Hausaufgaben“	203
	„Falsche Freunde“ und andere Vereinnahmungsstrategien	207
3.6	PW/D in Wissenschaft und Forschung	210
3.7	Wachstumskritik, Postwachstum, Degrowth – kulturgeografisch differenziert	215
4	Rückblicke: Der wachstumskritische Diskurs in drei Phasen	223
4.1	Vorläufer: Von ökonomischen Klassikern bis zu Keynes und Schumpeter	224
4.2	Start der neueren Wachstumskritik und ihr Aufstieg zur gesellschaftlichen Debatte (1960er- und 1970er-Jahre)	236
4.2.1	Auftakt: Ökologische „Grenzen des Wachstums“ von Wirtschaft und Bevölkerung	236
4.2.2	Aufschwung von Wachstumskritik mit Öko-Diskurs und Umweltbewegung	244
4.2.3	Höhepunkt 1970er-Jahre – thematisch erweiterte, theoretisch vertiefte, systemübergreifende Wachstumskritik	247
4.2.4	Klassiker der modernen Wachstumskritik (I)	257
	Wirtschaftstätigkeit als entropischer Prozess (N. Georgescu-Roegen)	258
	Soziale Grenzen des Wachstums (F. Hirsch)	262
	Mittlere Technologie – dezentral, menschlich ... (E. F. Schumacher)	265
	Konvivialität statt Wachstum (I. Illich)	270
	„Kommunismus ohne Wachstum“ – Wachstumskritik im DDR- Realsozialismus (W. Harich, R. Bahro, R. Havemann)	274
4.2.5	Kritik, Alternativvisionen und Übergänge in den 1970er-Jahren	285
4.3	Wachstumskritik im Schatten öko-moderner Nachhaltigkeit (Mitte 1980er- bis Anfang 2000er-Jahre)	291

4.3.1	„Vermittlungsversuche“ zwischen Wachstum und Ökologie	292
4.3.2	Klassiker der modernen Wachstumskritik (II)	296
	Stationäre Wirtschaft und Ökologische Ökonomik vs. „Nachhaltiges Wachstum“ (H. E. Daly)	296
	Selbstbegrenzung als ökosoziales Gesellschaftsprojekt (A. Gorz)	303
4.4	Renaissance der Wachstumskritik als Décroissance/Degrowth und Postwachstum	309

5 Konzepte und Strömungen in der deutschsprachigen Diskurslandschaft 317

5.1	Wachstum! (K.-H. Paquè et al.)	317
5.2	Anders wachsen – grüner, selektiver, moderater, somit „nachhaltiger“	326
5.2.1	„Nachhaltig“ wachsen in einer „Grünen“ Wirtschaft (R. Fücks)	326
5.2.2	Grüne Ökonomie – Grünes Wachstum	333
5.3	Postwachstum konservativ: Kulturelle Erneuerung im Geiste der Mäßigung (M. Miegel)	339
5.4	Über „säkulare Stagnation“ und Tertiarisierung zu Postwachstum?	347
5.4.1	Kapitalismus ohne Wachstum? Möglich, aber in sozial gegensätzlichen Varianten (K. G. Zinn)	349
5.4.2	Sozialökologisch gestaltete Dienstleistungs- vs. Dienstbotengesellschaft (N. Reuter)	352
5.4.3	In zwei langen Phasen zur sozialökologisch umgebauten, wachstumsfreien Gesellschaft (R. Krämer)	353
5.5	Sozialökologisches „Noch-Wachstum“ für eine „doppelte Transformation“ (D. Klein)	356
5.6	Postwachstum/Degrowth	365
5.6.1	Drei Strömungen im Überblick	365
5.6.2	Fallbeispiele für die drei Strömungen	372
	Strömung SUF: „Postwachstumsökonomie“ durch Nähe, moderne Subsistenz und Suffizienz (N. Paech)	372
	Strömung REF: Wohlstand durch eine Ökonomie ohne Wachstumsimperativ (T. Jackson)	387

Strömung AK: PW/D – jenseits von Kapitalismus und produktivistischer Moderne	396
Von dynamischer (De-)Stabilisierung zu welchem Postwachstum? („Postwachstumskolleg“)	402
„Neo-Sozialismus“ – Ausweg aus der „Zangenkrise“ des Postwachstumskapitalismus (K. Dörre)	406
„Resonanz“ – Weltverhältnis jenseits von Steigerungszwängen und Entfremdung (H. Rosa)	409

6 Linke Kritiken an PW/D und Kontroversen im PW/D-Spektrum 417

6.1 Postwachstum – eine „Schrumpfungs- und Verzichtsideologie der Satten“?	417
6.2 Wachstumskritik/PW/D vs. Kapitalismuskritik/Antikapitalismus?	426
Kontroverse Positionen	427
Modelle und Realitäten	431
Sozialismus = Postwachstum?	435
Anti-Etatismus – resistent gegen staatlich-politische Vereinnahmung?	436
Wachstumskritik und Kapitalismusanalyse – unterschiedliche Fokuse und Reichweiten	438
Resümee	439
6.3 Alles „Klasse“? Wie legitim ist Kritik an Entfremdung und Konsumtionsweisen?	441
Wachstumskritik – blind für Klassengegensätze und andere Ungleichheiten?	441
(Klassen-)Interessen der Lohnabhängigen – widersprüchlich	444
Ökologische Klassenpolitik nicht ohne radikale Wachstumskritik	445
6.4 Marktförmige Regulative einhegen oder ersetzen oder ... ?	448
6.4.1 Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang – „leistungsgerecht“ korrigiert	451
6.4.2 Markt, Geld, Tauschlogik überwinden?	453
6.4.3 Märkte einhegen, einbetten, sozialökologisch „(um)programmieren“	459
6.5 Bevölkerungswachstum, Zuwanderung, „Überbevölkerung“ vs. Degrowth?	462
6.6 „Grenzen“ des Wachstums, des Kapitalismus – eine schwierige Metapher	467

6.7	Kontroverse Vielfalt – „Kampffeld“, Reservoir ... oder postmodern beliebig?	474
-----	---	-----

7 Brückenschläge und Umwege zu Postwachstum 479

7.1	Über nicht-reformistische Reformen zur Hegemonie pro PW	481
7.2	Ansatzpunkte und Widerstände	487
	Wachstumskritik und kritisches Umweltbewusstsein	488
	„Durchschnittliche Lohnabhängige“ und Gewerkschaften	493
	Zwischenbilanz	496
	Gut leben – wachstumsunabhängig	499
7.3	Sozialökologische Transformationen – Positionen und „Lager“	502
7.4	Katalysator Klimakrise	516
	„This changes everything ...“	516
	Lohnabhängige, Gewerkschaften und Umweltbewegung in Transformationskonflikten	520
7.5	GND ohne Wachstum – Ausweg aus der Klimakrise und Übergang zu PW/D?	528
	Prominente politische Vorstöße für einen rot-grünen New Deal	529
	Gemeinsamkeiten und Differenzen	533
	GND 2.0 und PW/D – Annäherungen und skeptische Einwände	535
	Diskrepanzen in der „Wachstumsfrage“ – unüberbrückbar?	537
	Alternativvorschläge	539
	Vom Dialog zur Synthese – GND ohne Wachstum?	541
	Reformerisch aus der Wachstumslogik „ausschleichen“ oder „Bruch mit dem Kapitalismus“?	543

Literatur 549

Abkürzungen 609

Vorbemerkungen

Angesichts der Klimakrise und des Drucks sozialer Bewegungen ist hierzulande ein weitreichender Konsens entstanden: Ein dekarbonisierender Strukturwandel der Wirtschaft ist unabdingbar, und in diesem Jahrzehnt sind die entscheidenden Weichen dafür zu stellen. Ökoeffiziente technologische Innovationen und ein robustes Wirtschaftswachstum – basierend auf marktgängigen Anreizen – gelten als *die* Erfolgsgaranten, die zudem noch eine Pionierrolle im internationalen Wettbewerb sichern sollen. Umstritten sind lediglich das „Wie“ dieses Wegs, das geeignete Instrumentarium und die Verteilung der sozialen Kosten des Wandels.

Aber es gibt begründete Zweifel, ob diese Strategie erfolgreich sein kann, ob sie nicht zu kurz greift und obendrein in die falsche Richtung zielt. Sie beziehen sich vor allem auf die Prämisse, bei fortgesetztem Wachstum, die Klimaziele erreichen zu können, ohne sich letztlich auf riskante Technologien zu verlassen, andere ökologische Krisen (Artensterben etc.) zu verschärfen und soziale Spaltungen zu vertiefen. Dieser Pfad wird vermutlich weiterhin von Risiken und katastrophalen Nebenfolgen begleitet sein: von den auch hier stärker spürbaren Folgen der Erderwärmung; von Pandemien, hervorgerufen durch Zoonosen, die mit dem immer weiteren Eindringen in unberührte Naturräume begünstigt und deren Folgen durch globalökonomische Abhängigkeiten, Menschen- und Güterströme potenziert werden; von Ressourcenknappheiten und damit verbundenen (geopolitischen) Spannungen; von sozialökologischen Transformationskonflikten und anderen Problemen.

Zu befürchten ist weiterhin: Je höher die Kosten von Risiken und Kollateralschäden sind, desto energischer wird „Wachstum“ als Problemlöser angerufen – als notwendig, um die Folgen von Katastrophen reparieren zu können, oder als ökonomischer Puffer für Schutz- und Resilienzvorkehrungen. Der Glaube, Probleme auf dem gleichen Weg und mit den gleichen Paradigmen erfolgreich bearbeiten zu können, die sie verursacht haben, ist tief verwurzelt, und er verstärkt sich tendenziell mit seinen verhängnisvollen Folgen. Trägheitsgesetze gelten offenkundig nicht nur in der physischen Welt.

Dem Wachstums-Technologie-Markt-Optimismus und den damit verbundenen Ideen von „Fortschritt“ und unbegrenzter „Freiheit“ steht die Skepsis einer Minderheit im Diskurs, in der Bevölkerung und der Politik gegenüber. Sie basiert u. a. auf der theoretisch begründeten Annahme, dass eine absolute Entkopplung von (wachsender) wirtschaftlicher Wertschöpfung (monetär als BIP gemessen) und Naturverbrauch sehr unwahrscheinlich ist. In Anbetracht der erreichten Grenzen planetarer Belastungen sollte dem Vorsorgeprinzip Priorität gegenüber weiterem blinden Wachstum in einer bereits „vollen Welt“ eingeräumt werden. Dies umso mehr, als alternative Konzepte zeigen: Um

einen Klimakollaps zu vermeiden und zugleich andere akute ökologische und soziale Krisen zu bearbeiten, bedarf es einer sozialökologischen Transformation, die in den reichen früh industrialisierten Ländern des globalen Nordens zu deutlich weniger Naturverbrauch aufgrund verringerter Wachstumszwänge führt, zugleich mehr soziale Gleichheit, globale ökologische Gerechtigkeit und einen qualitativ anderen Wohlstand ermöglicht. Diskutiert werden solche Visionen und konkreten Wege zu ihnen unter den Stichworten „Wachstumskritik, Postwachstum, Degrowth“. Über diesen Diskurs, seine wissenschaftlichen Grundlagen, seine Akteure, Hauptargumente, Strömungen und politischen Vorschläge soll dieses Buch informieren.

Unter dem Dach von „Wachstumskritik, Postwachstum, Degrowth“ haben sich – verstärkt in den vergangenen zehn bis 15 Jahren in Deutschland und international – Menschen zusammengefunden, um nach Wegen zu suchen, *wie* wir aus dem mit „Wachstum“ symbolisierten Entwicklungspfad herauskommen und wie die mit ihm verbundenen, verhängnisvollen strukturellen und mentalen Abhängigkeiten und Fixierungen überwunden werden können. Sie engagieren sich in unterschiedlichen Formen dafür in der Wissenschaft, in NGOs, sozialen Bewegungen und lokalen Initiativen, in gesellschaftskritischen Strömungen von Parteien, Gewerkschaften, in Kirchen, Kunst und Medien.

„Wachstumskritik, Postwachstum/Degrowth“ umreißen einen Diskurs und eine Szene, in denen verschiedene Dimensionen, Themen, Sichtweisen in Beziehung zueinander gebracht werden mit Blick auf eine gesellschaftliche Alternative, die soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und ein gutes Leben für alle ermöglichen kann. Die kritische Analyse von Ursachen der problematisierten Risiken, Krisen und potenziellen Katastrophen fokussiert auf deren spezifisch kapitalistische Wurzeln, ohne ver selbstständige Steigerungslogiken und andere Ambivalenzen der westlichen Moderne als übergreifende Bedingungen zu ignorieren. Bei den Alternativen werden konkret-utopische Visionen untersetzt mit Vorschlägen für erste Schritte, Strategien, Politiken, wie sie – unter den gegenwärtigen Bedingungen beginnend – im Zuge einer sozialökologischen Transformation verwirklicht werden könnten. Diskutiert werden sehr unterschiedliche Auswege. Das Spektrum reicht von einer am eigenen Lebensstil ansetzenden Selbsttransformation und gemeinschaftlichen Initiativen bis hin zu Formen politischer Kämpfe in weitgefächerten Allianzen für sozialökologische Reformen, die zugleich in Richtung Postwachstumsgesellschaft weisen sollten. Diese unterschiedlichen Ansätze können sich praktisch wechselseitig stärken – insofern sie nicht zu alleinig gültigen verabsolutiert werden. Und nicht zuletzt werden die hier im globalen Norden erdachten Vorschläge im Hinblick auf ihre Konsequenzen oder Eignung für den globalen Süden kritisch geprüft. Wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Transformationserfahrungen zu all diesen Aspekten werden speziell auf den im Zwei-Jahres-Rhythmus stattfindenden Degrowth-Konferenzen diskutiert.

Im Untertitel des Buches ist „kapitalistisch“ in Klammern gesetzt, um zweierlei zu signalisieren: Die wachstumskritisch thematisierten Widersprüche hier und heute sind primär kapitalistisch verursacht und geprägt. Deshalb kommt kapitalismustheoretischen Konzepten eine hohe Erklärungskraft zu, ohne dabei allgemeinere, in der (westlichen)

Moderne verwurzelten, Ursachen zu ignorieren. Nur so sind auch Parallelen zur Priorisierung von Wachstum, zu produktivistischen Fortschrittsverständnissen und damit einhergehenden ökologischen Problemen im Realsozialismus plausibel erklärbar. Auch das Nachdenken über Alternativen sollte sich nicht darauf beschränken, spezifisch kapitalistische Verhältnisse zu überwinden. Denn denkbar sind auch hybride wachstumsorientierte Formationen, in denen eine selbstzweckhafte Reinvestition von Überschüssen anders ermöglicht, erzwungen, legitimiert und motiviert wird als im gegenwärtigen Kapitalismus. Das kann das Streben nach materiellem Wohlstand und/oder wieder zu erlangender nationaler Größe sein (was sich z. T. im chinesischen Modell andeutet). Ebenso kann dies – im Geiste von Silicon-Valley-Ideologien – die Akkumulation von Ressourcen für eine technologische Hochrüstung zwecks Besiedlung anderer Planeten durch die Überlebenden einer ausgeplünderten Erde sein.

Das Buch soll in erster Linie einen informativen Überblick zu dieser sehr facettenreichen Thematik vermitteln und solche Fragen beantworten wie z. B.: Welche Argumente begründen Postwachstum als notwendige, wünschenswerte und gangbare Alternativvision? Was wird verstanden unter „Postwachstum“ und „Degrowth“; welche Positionen, Konzepte, Strömungen werden unter diesem Dach vertreten, in Deutschland und international? Wie hat sich dieser Diskurs seit Erscheinen der „Grenze des Wachstums“ vor 50 Jahren entwickelt? Wie könnten erste transformative Schritte in Richtung Postwachstum/Degrowth (PW/D) durch welche Allianzen gestaltet werden?

Die Publikation soll zum besseren Verständnis von PW/D beitragen und Vor- und Fehlurteilen entgegenzutreten. So wird zuweilen Postwachstum schlichtweg mit einem Schrumpfen des BIP oder einem Wohlstandsverzicht identifiziert. Unterschlagen wird dabei eine zentrale Idee dieses Konzepts: Das Schrumpfen des BIP ist das wahrscheinliche *Ergebnis* einer Gesellschaftstransformation, die auf eine globalökologisch gerechte, drastische Reduktion des (sozial ungleichen) stofflich-energetischen „Fußabdrucks“ der früh industrialisierten Länder abzielt und die einen egalitäreren, ökologisch nachhaltigen, wachstumsunabhängigen Wohlstand ermöglicht.

Unterstützen möchte ich auch den Ansatz, dass demokratische Übergänge zu PW/D nur über breite Allianzen möglich werden, die über eine Vielfalt von Strategien politische Reformen erstreiten, die von vielen als bessere Lebensbedingungen erfahren werden können und so auch den Weg zur kulturellen Hegemonie von PW/D ebnen. In solchen Allianzen ist ein Umgang mit unvermeidlichen Differenzen erforderlich, bei dem die politisch relevanten Gemeinsamkeiten im Vordergrund stehen, nicht theoretische Differenzen. Unterschiedliche Perspektiven sind auch unumgänglich in Bezug auf Präferenzen für transformative Strategien oder (Um)Wege (kulturell-aufklärerisch über politisch militant bis öko-technologisch), die angesichts engerer Zeitfenster *alle* – situativ angemessen – beschränkt werden müssen. „Falsch“ können Positionen erst dann werden, wenn sie beanspruchen, *das* Richtige oder Ganze zu sein. Wer darüber hinaus im Buch scharf richtende Werturteile über Strömungen innerhalb des durch gemeinsame Werte verbundenen PW/D-Spektrums erwartet, wird enttäuscht. Darauf wird nicht aus „diplomatischen“, sondern aus erkenntnistheoretischen Gründen verzichtet.

Im Bemühen um einen weitgefächerten Überblick ist ein recht voluminöser Band entstanden. Aber er muss nicht in einem Zuge gelesen werden. Die Kapitel bauen nicht strikt aufeinander auf, er kann auch selektiv kapitelweise oder als Nachschlagwerk genutzt werden. Ich befürchte, dass es mir nicht gelungen ist, jegliche Wiederholungen zu vermeiden, zumal ähnliche Sachverhalte in unterschiedlichen Kontexten beleuchtet werden.

Üblicherweise wird hier beschrieben, wen das Buch erreichen soll. Aber mir ist klar, dass der oft mit Missverständnissen behaftete Gegenstand „Postwachstum“ wie auch der Umfang des Buches und seine „Bilderarmut“ die potenzielle Schar der Leser*innen einschränken. Vermutlich ist wohl ein beachtliches Interesse vonnöten, um einen solchen „Wälzer“ zur Hand zu nehmen. Das könnte – so die Hoffnung des Autors – bei kritisch Engagierten der Fall sein, die sich vertiefend mit Wachstumskritik und gesellschaftlichen Alternativen beschäftigen möchten. Auch für Leser*innen, die sich einen Überblick über Strömungen und Strategien verschaffen wollen und an Vorschlägen für transformative Schritte und Allianzen interessiert sind, könnte das Buch anregend sein. Gleiches gilt für Student*innen unterschiedlicher Fachrichtungen oder auch für Menschen, die nach Orientierung suchen oder bildungshungrig sind.

Bei all dem gehe ich davon aus, dass die Thematik schon bald noch aktueller wird. Verfliegen die Illusionen, auf dem eingeschlagenen grünen Wachstumspfad, die fixierten klimapolitischen Ziele zu erreichen, nehmen wachstumskritische Konflikte und Auseinandersetzungen zu und erweitern sich thematisch über Klima und Ökologie hinaus. Die Wachstumsabhängigkeit und -orientierung gesellschaftlicher Institutionen, ihre Prägekraft für Konzepte und Praxen gelingenden Lebens werden schärfer problematisiert. Nicht nur der soziale Sinn, auch die Legitimität bestimmter Produktionen, Dienstleistungen, Ungleichheiten, Konsummuster und Freiheiten werden massiv und nicht nur diskursiv infrage gestellt. Günstigenfalls rückt dann die Frage ins Zentrum: Wie wollen wir (zusammen)leben, und was benötigen wir dafür?

Bedanken möchte ich mich bei allen, die geholfen haben, dass das Buch entstanden ist, dessen Inhalt ich allein verantworte. Viele hilfreiche kritische Hinweise zu einer Vorstufe des Textes verdanke ich Matthias Schmelzer. Besonders dankbar bin ich Ulrich Schachtschneider, der sich die Mühe gemacht hat, den gesamten Text kritisch zu lesen, ihn anregend zu kommentieren, und obendrein noch Satz und Layout übernommen hat. Dieter Reichelt danke ich für seine akribische Durchsicht des Manuskripts und Meinhard Creydt für kritische Anmerkungen zu den Kapiteln 1 bis 4. Zu großem Dank verpflichtet bin ich Heidrun Beschow, die mich auf sehr vielfältige Weise bei der gesamten Arbeit am Buch unterstützt hat.

Frank Adler, Chorin, Januar 2022

Einleitung

Angesichts des beträchtlichen Umfangs des Buchs scheint es mir besonders sinnvoll, hier die Gliederung und die Kapitel mit einigen thesenhaft verkürzten Inhalten vorzustellen; ausführliche Hinweise auf Quellen und Autoren sind in den jeweiligen Kapiteln zu finden.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert. Im ersten geht es um Ausgangspunkte und Grundlagen des Themas: Warum ist eine fortgesetzte Wachstumsorientierung in den früh industrialisierten Ländern riskant, für ein gutes Leben weder notwendig noch wünschenswert und vermutlich auch gar nicht möglich (Kap. 1)? Was ist und woher kommt „Wirtschaftswachstum“, was verdeckt das landläufige Verständnis davon (Kap. 2)? Was bedeuten und worauf zielen die drei zentralen Begriffe des Buchtitels – Wachstumskritik, Postwachstum und Degrowth (Kap. 3)? Einige Aspekte der Thematik werden im zweiten Teil vertieft: Wie haben sich die wachstumskritischen Debatten seit den 1960er-Jahren entwickelt, und welche Phasen können unterschieden werden? Welche Konzepte, Strömungen und Kontroversen prägen die zu Beginn der 2000er-Jahre einsetzende, gegenwärtige Welle des Diskurses um „Postwachstum/Degrowth vs. Wachstum“, speziell auch in Deutschland (Kap. 4–6)? Der dritte Teil wagt einen Blick in die Zukunft: Wie könnten Übergänge und erste Schritte in Richtung „Postwachstumsgesellschaft“ von wem gestaltet werden, und woran könnten sie anknüpfen (Kap. 7)?

Über dem *ersten Kapitel* könnte die Frage stehen: Warum Postwachstum? Die präsentierten Antworten (Kap. 1.1–1.8) können auch als Elemente einer Zeitdiagnose gelesen werden. Zunächst werden Tendenzen präsentiert, die vermuten lassen, dass in den früh industrialisierten Ländern die Ära raschen Wachstums ausläuft, von Ökonom*innen als „säkulare Stagnation“ bezeichnet. Das ist für sich genommen noch keine gute Nachricht für Wachstumskritiker*innen und PW/D-Aktivist*innen. Denn damit wachsen – unter ansonsten unveränderten gesellschaftlichen Verhältnissen – die Risiken zunehmender Ungleichheit, verschärfter Verteilungskämpfe, ökonomischer und politischer Krisen und antidemokratischer Entwicklungen. Gerade deshalb ist „säkulare Stagnation“ ein Argument für PW/D. Sie unterstreicht die Dringlichkeit einer sozial-ökologisch gestalteten Transformation hin zu einer Ökonomie und Gesellschaft, deren Institutionen unabhängig von Wachstum stabil sind und ein gutes Leben für alle sichern können (Kap. 1.1).

Aber selbst wenn Wachstum in den früh industrialisierten Ländern auf Dauer fortsetzbar und sogar wieder steigerungsfähig wäre, gibt es begründete Zweifel, ob dies sozial wünschenswert ist. Die Skepsis bezieht sich auf a) soziale Verheißungen von Wachstum, seine erhofften Effekte für eine höhere Lebensqualität. Zwar hat das enorme Wirtschaftswachstum der vergangenen 150 Jahre – vermittelt über soziale Kämpfe – dazu beigetragen, die Lebenssituation der Menschen in unseren Breiten fundamental zu verbessern, und es war auch begleitet von anderen zivilisatorischen Fortschritten.

Menschen mit mittleren Einkommen in den früh industrialisierten Ländern leben heute besser, gesünder und länger als absolutistische Herrscher früherer Epochen. Aber die Parallelität von Wirtschaftswachstum und verbesserten Lebenslagen hat in den vergangenen drei, vier Jahrzehnten einen „Knick“ erlitten und sich jenseits eines in den OECD-Ländern erreichten Durchschnittseinkommens in Bezug auf wesentliche Indikatoren aufgelöst (Kap. 1.2). Zwar gibt es weiterhin Zuwächse: eine größere Vielfalt an Konsumgütern und Freizeitmöglichkeiten, durchschnittlich größere Wohnflächen und eine höhere Lebenserwartung. Aber sie werden konterkariert durch gegenläufige Tendenzen, etwa längere und stressigere Arbeitszeiten oder größere Ungleichheiten. Außerdem zeigen internationale Vergleiche, dass verbesserte Lebenslagen auch in Ländern mit niedrigeren BIP-Niveaus erreicht werden können, etwa durch ein effizientes und gerechtes Gesundheitswesen.

Auch Versprechungen, mit denen neoliberale Reformen zugunsten forcierten Wachstums oft begründet wurden, sind nicht eingetreten. Das „Durchsickern“ der reformerisch begünstigten höheren Einkommen auf mittlere und untere Niveaus ist ausgeblieben. Die Schere der Ungleichheit hat sich weiter geöffnet. Einkommen aus Vermögen sind schneller gewachsen als Einkünfte aus Erwerbsarbeit. Denn ohne sozial ausgleichende politische Regulierungen wirken unter Bedingungen niedriger Wachstumsraten Vermögensrenditen als Ungleichheitsverstärker (Piketty). Innerhalb der OECD-Länder reduziert Wachstum nicht mehr Armut. Anders das Bild auf globaler Ebene (Kap. 1.3). Die sehr hohen Wachstumsraten in China und anderen bevölkerungsreichen „Schwellenländern“ ermöglichten es – oft forciert durch politische Programme zur Armutsbekämpfung –, den Anteil der Weltbevölkerung, die in absoluter Armut leben, deutlich zu verringern. Die globale Ungleichheit hat sich damit etwas verringert, verharrt aber auf hohem Niveau, und der Anteil der relativ (bezogen auf das Durchschnittseinkommen im jeweiligen Land) Armen ist gestiegen. Die Superreichen haben doppelt so stark vom Wachstum der letzten drei Jahrzehnte profitiert wie die ärmeren 50 Prozent der Weltbevölkerung (Milanović), eine Tendenz, die sich während der Coronapandemie noch verstärkt hat.

Eine erste Zwischenbilanz ergibt: Sozial nützlich wäre fortgesetztes Wachstum nur, wenn es vorrangig den jeweils Armen und Benachteiligten, ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten zugutekäme, somit angleichend wirken würde, was auch für die Wohlhabenden Vorteile hätte (Wilkinson & Pickett). Aber wie soll das gehen – machtpolitisch und ökologisch beim bereits erreichten Niveau von Naturbelastung? Durch ein technologisch entgiftetes Wachstum?

Das führt unweigerlich zur ökologischen Frage (Kap. 1.4), die viele Erdenbürger in der südlichen Hemisphäre als existenziell *soziale* Probleme erleben. Wachstum glaubhaft als universellen Problemlöser zu gestalten und zu legitimieren stößt zunehmend auf Schwierigkeiten: Knappheiten nehmen zu bei wichtigen stofflichen oder energetischen Ressourcen, auch bei den für erneuerbare Energien (EE) und andere „Klimarettungstechnologien“ notwendigen; das gegenwärtige Niveau des Ressourcenverbrauchs der reichsten Länder auf den Rest der Welt zu übertragen ist physisch unmöglich (Kallis); Nutzungskonkurrenzen (z. B. um Land oder Wasser) werden konfliktreicher. Die Senken sind überlastet, nicht nur durch Klimagase; wir agieren in einer gefährlichen

Grenznähe zu Kippschaltern in Erdsystemen, die uns „Per Dominoeffekt in die Heißzeit“ (Rockström 2021)¹ katapultieren können. Insgesamt „wachsen wir heraus“ aus dem Raum jener Bedingungen, innerhalb derer sich die menschliche Zivilisation entwickelt hat. „Wir“ verschweigt allerdings, dass sich ungerechterweise die negativen Folgen all dessen bei jenem Teil der Weltbevölkerung konzentrieren, der am geringsten zu den Ursachen beigetragen hat und sich am wenigsten dagegen schützen kann. Nicht minder tragisch und gefährlich sind die sekundären Folgen der Ökokrise – Konflikte und potenzielle Kriege um Ressourcen, Migrationsströme etc.

Angesichts dramatisch schrumpfender Zeitressourcen wird zumindest die bereits vor über 30 Jahren problematisierte anthropogene Klimakrise (Hansen) politisch ernster genommen. Als entscheidend gelten die nächsten acht bis zehn Jahre (IPCC). Aber „bewährte“ Muster der Bearbeitung ökologischer Probleme werden beibehalten. Als „Lösung“ gilt typischerweise, wenn das Problem zeitlich, räumlich, medial verlagert und auf Kosten anderer ökologischer Werte (z. B. Artenvielfalt) bearbeitet wird, ohne die Logik seiner Verursachung anzutasten, flankiert durch statistisches Schönrechnen von Ökobilanzen. Kernelement von Lösungsansätzen und -hoffnungen sind öko-technologische Innovationen, die ökonomisch gemessene Wertschöpfung (das BIP auf volkswirtschaftlicher Ebene) und Naturverbrauch „entkoppeln“ sollen (Kap. 1.5). Es ist zwar durchaus möglich, weniger Natur (Ressourcen und Absorptionskapazität) pro Wertschöpfungseinheit zu beanspruchen, und seit 1970 wächst der globale Ressourcenverbrauch langsamer als das globale BIP. Auch gibt es absolute, also nicht nur in Relation zum BIP bemessene Rückgänge in Bezug auf einzelne ökologisch relevante Indikatoren. Aber daraus kann nicht umstandslos gefolgert werden, dass im eng gewordenen Zeitfenster die besonders kritischen Parameter des Naturverbrauchs wie die Belastung durch Klimagase von Wachstum absolut entkoppelt werden können. CO₂-Emissionen sind bislang typischerweise nur bei krisenhaften Wachstumseinbrüchen zurückgegangen.

Gegen die Wahrscheinlichkeit einer generellen absoluten Entkopplung sprechen biophysikalische Argumente (Georgescu-Roegen, Daly) und systemische Bumerangeffekte (Jevons, Paech, Santarius), die „Einsparungen“ (über)kompensieren. Unter Bedingungen fortgesetzten Wachstums in den früh industrialisierten Ländern bis 2045 die Treibhausgasemissionen (THGE)-Reduktionsziele zu erreichen ist sehr unwahrscheinlich (Jackson). Das gelingt offenkundig nur rechnerisch, indem die am Schluss verbleibenden THGE-Kontingente mit fragwürdigen Technologien „unschädlich“ gemacht werden sollen. Alternative Modelle zeigen: Ein langsames und ökoeffizient gezieltes Wachstum würde uns deutlich größere zeitliche Spielräume für Umstellungen verschaffen (Kallis). Aber Wachstum gilt als die tabuisierte, quasi naturgesetzlich gegebene Konstante, während fast alles andere als abhängige, nur im gegebenen Gesellschaftsrahmen gestaltbare Variable gehandhabt wird.

Die Klimakrise verdeutlicht zudem: Verlagerungs- und Externalisierungsstrategien (Lessenich) „funktionieren“ nicht mehr so wie in der Vergangenheit: Die vorrangig in den früh industrialisierten Ländern verursachte Klimakrise hinterlässt auch hier immer

¹ DER SPIEGEL 20/2021

deutlicher ihre verheerenden Spuren (Kap. 1.6). Über die durch die Erderwärmung und andere ökologische Probleme sowie durch gravierende globale Ungleichheiten ausgelösten Süd-Nord-Migrationsströme kehren Folgen von Nebenwirkungen „unserer“ Wirtschaftsweise“ zu uns zurück. Die z. T. damit ausgelösten politisch rechten, autoritären Mobilisierungen zielen auf Abschottung und Bruch mit den oft beschworenen „westlichen Werten einer offenen Gesellschaft“ und wirken als Stresstest für deren solidarische und demokratische Substanz.

Im Lichte von Verheißungen der europäischen bürgerlichen Aufklärung und der westlichen Moderne oder von Visionen ihrer prominenten Theoretiker bewertet, erscheinen all diese Tendenzen und Effekte der modernen, wachstumsorientierten und -abhängigen Wirtschafts- und Lebensweise und die dadurch erzielten „Fortschritte“ paradox (Kap. 1.7): Bringen steigende Produktivität der Arbeit und Effizienz der Naturausbeutung tatsächlich mehr Zeit für Muße und Selbstverwirklichung, wie von visionären Ökonomen erhofft – und wenn überhaupt, für wen und wie viele und zu welchem Preis? Eher bestimmen gegenläufige Tendenzen das moderne Leben: Gefühle von Zeitnot, des Getrieben-Seins und die „Rhetorik des Müssens“ (Rosa). Beschleunigung statt Resonanz verstärken entfremdete Weltbeziehungen. Persönliche Wettbewerbsfähigkeit per „Selbstoptimierung“ zu steigern prägt Konzepte „gelingenden“ Lebens und erhöht die Umsätze von Burnout-Kliniken. Und wohin hat die Illusion fortschreitender Naturbeherrschung geführt? Sachzwänge des „Mithalten-Müssens“ in diversen Wettbewerbsarenen ersetzen Sinnbezüge eines guten Lebens, und ein neu ausgerufenen, internationaler Systemwettbewerb wird schon gar nicht mehr auf Bedingungen eines guten Lebens bezogen.

Zeitdiagnostisch in der Zusammenschau betrachtet, führt all das zu einer Vermutung: Das durch „Wachstum“ symbolisierte Modell expansiven Fortschritts war zwar stets ambivalent, hat aber nunmehr einen Wende- oder Umschlagpunkt erreicht, jenseits dessen seine gefährlichen Schattenseiten überwiegen (Kap. 1.8). Vertraut man nicht auf „spontane Selbstheilung“ oder „reinigende Krisen“, gebietet es allein schon das Vorsorgeprinzip, über grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen ohne Wachstumsparadigma und -abhängigkeiten nachzudenken, ebenso über Voraussetzungen und mögliche politische Gestaltungswege eines anderen „Fortschritts“. Das ist m. E. der Hintergrund, vor dem die neue Welle von Wachstumskritik vor zehn bis 15 Jahren entstanden ist und mit Visionen einer Postwachstumsgesellschaft auf diese Situation antwortet. Die Vorschläge für Richtungsänderungen sind keine Luftschlösser, sondern als Hypothesen Gegenstand von Forschung, Diskurs, Experimenten, politischen Bestrebungen. Sie stehen im Wettstreit mit den Reaktionen aller anderen politisch-weltanschaulichen Strömungen (s. Kap. 1.9 und 5) auf diese Situation.

Warum die Alternative „Postwachstumsgesellschaft (PWG)“ eine gesamtgesellschaftliche Transformation beinhaltet, hängt mit der Bedeutung von Wachstum im ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Reproduktionsprozess zeitgenössischer kapitalistischer Gesellschaften zusammen. Auch deshalb wird im *zweiten Kapitel* der vieldeutig schillernde Begriff „Wirtschaftswachstum“ – hier oft einfach auf „Wachstum“ verkürzt – unter die Lupe genommen. Was bedeutet „Wachstum“, was sind seine

historischen und systemischen Voraussetzungen, seine Quellen und Triebkräfte, welche „Funktionen“ werden ihm zugeschrieben; was bedeuten „Wachstumszwang und -drang“, Wachstumsabhängigkeit, -orientierung, -paradigma?

Zunächst (Kap. 2.1) werden aus einer an Marx orientierten Perspektive Antworten auf die Frage gesucht: Woher kommen eigentlich die Überschüsse, die wertmäßig auf volkswirtschaftlicher Ebene als BIP-Zuwachs aggregiert werden? Wichtige Punkte hierbei sind unter kapitalistischen Bedingungen u. a.: die Fähigkeit der Lohnarbeit, mehr Wert zu erzeugen, als zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig ist, die zudem in einem institutionellen Kontext verausgabt wird, der verhindert, dass das erzeugte Mehrprodukt „unproduktiv verkonsumiert“ wird, und der stattdessen dafür sorgt (z. B. durch die Trennung der Produzenten von der Verfügungsgewalt über die Zwecke und Resultate der Produktion), dass Überschüsse selbstzweckhaft produktiv reinvestiert, als Kapital akkumuliert werden; die vielfältigen Möglichkeiten, Überschüsse extensiv und intensiv zu steigern, nicht zuletzt durch effizientere Energieträger. Absolut und relativ (im Vergleich zu Konkurrenten) viel monetäre Überschüsse zu generieren liegt im unmittelbaren Interesse der Warenproduzenten bzw. Kapitaleigner, da davon ihre Marktposition, letztlich ihre ökonomische Existenz abhängt, und ist dementsprechend ihr treibendes Motiv (Wachstumsdrang), dem sie sich aber unter Konkurrenzbedingungen auch schwerlich entziehen können (Wachstumszwang).

Entstanden ist die kapitalistische Produktionsweise in engem Zusammenhang mit der Herausbildung der europäischen Moderne. Sie entwickelt sich in diversen Wachstumskonstellationen, die sich u. a. durch die jeweils vorrangigen Ressourcen der Kapitalverwertung und die Institutionen und Modi der gesellschaftlichen Regelung sozioökonomischer Verhältnisse unterscheiden (Kap. 2.2). Sehr hohe Wachstumsraten mit großen Wohlstandsgewinnen wurden in der Periode der Nachkriegsrekonstruktion und des „Fordismus“ in den 1950er- und 1960er-Jahren erzielt. Hier entstanden auch der „Traum von der immerwährenden Prosperität“ (Lutz), eine Wachstumseuphorie und das nach wie vor wirkmächtige Wachstumsparadigma (Kap. 2.3): Permanentes Wachstum wurde zum positiven Erwartungswert und gilt als Bedingung, Ziel, Grundlage von sozialem Fortschritt. Ihm werden fetischartig positive Wirkungen zugesprochen, und es wird als volkswirtschaftliche Zielgröße politisch gefördert. Zu einem zentralen, den „Westen“ integrierenden und mobilisierenden Politikziel in den OECC- bzw. OECD-Ländern wird es in den 1950er-Jahren im Gefolge diverser politischer Entwicklungen und Ziele: die ökonomische Systemkonkurrenz um hohe Wachstumsraten, Befriedung von Klassenkonflikten, postkoloniale Modernisierungs- und Entwicklungspolitiken gegenüber dem globalen Süden. Wachstum wurde prioritär in westlichen Diskursen und in parteipolitischen Programmen.

Dass „Wachstum“ werthaltig aufgeladen zu einem politisch vorrangigen Ziel, zum Wachstumsparadigma avancierte, ist keineswegs nur Reflex seiner strukturellen Bedeutung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess. Es ist auch Ergebnis einer politisch-strategischen Konstruktion, an der maßgeblich elitäre Zirkel der OECD in den 1960er-Jahren mitgewirkt haben (Schmelzer). „Wachstum“ wurde zum Maßstab der Vitalität in der Systemkonkurrenz.

Das Wachstumsparadigma ist ein intendiertes Ergebnis von Akteuren aus wissenschaftlichen, politischen und Verwaltungseliten. Es stieß aber auch auf hohe Resonanz in unterschiedlichen Schichten, die sich von Wachstum Aufstieg und mehr Wohlstand erhofften. Zugleich wurde mit „Wachstum“ ein auf Warenproduktion beschränkter, über Raum und Zeit vergleichbarer Begriff von Wirtschaft statistisch und politisch festgeschrieben; Wachstum wurde zum Universalmittel für Problemlösungen, zur wichtigen „Hausaufgabe“ und zum Bewertungsmaßstab für erfolgreiche Politik. Das Paradigma erwies sich als flexibel, wie auch spätere „Anpassungen“ zeigen – vom qualitativen über das nachhaltige bis hin zum grünen (sicher auch bald zum „klimaneutralen“) Wachstum.

All dies und die Tatsache, dass unter den gegebenen Verhältnissen vieles vom Wachstum abhängt (Beschäftigungs- und Einkommensniveau, Stabilität von Sozialsystemen etc.), stiften eine allgemeine, über unmittelbare Wirtschaftsakteure, Klassen- und Bereichsgrenzen hinausgehende Interessiertheit an Wachstum und an günstigen Bedingungen dafür. Es entsteht eine kulturell integrative und aktivierende Wachstumsorientierung.

Aus wachstumskritischer Sicht werden vor allem jene Facetten beleuchtet, die im gängigen Verständnis von „Wirtschaftswachstum“ ausgeblendet werden. Problematisch ist zunächst der dabei unterstellte Begriff von „Wirtschaft“ und „wirtschaftlicher Leistung“. Eingang in das BIP der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VWGR) finden bekanntlich nur monetär vermittelte Transaktionen, Güter und Leistungen, unabhängig von ihrem Gebrauchswert oder sozialen Nutzen. Unberücksichtigt bleiben die nicht über Ware-Geld-Beziehungen vermittelten „Inputs“, die erheblich zu wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und zum Gemeinwohl beitragen, wie etwa große Teile der unbezahlten (sozial weiblichen) Reproduktionstätigkeiten oder die ehrenamtliche Arbeit. Auch die Kosten für Folgen, Nebenwirkungen, Kehrseiten von Wirtschaftswachstum und deren Reparaturen bleiben in der „Bilanz“ unsichtbar, werden zeitlich, räumlich, medial verlagert – ein Problem, das seit ca. 60 Jahren (Mishan, Kapp) thematisiert wird. Gingen sie annäherungsweise – wie in alternativen Indikatoren seit den 1970er-Jahren vorgeschlagen (Daly) – in die Berechnungen ein, wäre die Bilanz kritisch, die „Zuwächse“ hätten eher ein negatives Vorzeichen.

Wachstum ist auch Ergebnis ungleicher und entfremdeter gesellschaftlicher Verhältnisse und eines herrschaftsförmigen Umgangs mit Natur. Die (vorwiegend private) Aneignung und (selbstzweckhafte) Reinvestition von „Überschüssen“ ist in aller Regel nicht durch demokratische Willensbildungsprozesse – weder der unmittelbaren Produzenten noch im gesellschaftlichen Maßstab – vermittelt. Aber auch den privaten Warenproduzenten und Eigentümern von Produktionsmitteln steht es nicht frei, zu wachsen oder nicht. Die Gesetze der Konkurrenz diktieren ihnen ein „Wachsen-wollen-Müssen“. Das Streben nach ökonomisch grenzenlosem Wachstum setzt ein instrumentelles Verhältnis zur Natur als ausbeutbares Material und Abfallsenke voraus. Diese Gleichgültigkeit gegenüber Natur und das Bestreben, sie zu beherrschen, führen immer näher an Kippunkte (s. o.) – die entfremdete Natur wird zur gefährlichen, verselbstständigten Macht.

Reproduziert wird der herrschaftsförmige Umgang mit Mensch und Natur über die systemisch ungleiche Verteilung der Zuwächse und ihre erneute Reinvestition, die es ermöglichen, dass der Prozess auf erweiterter Stufenleiter fortgesetzt wird. Zugleich werden über Wachstum und die Verteilung von Zuwächsen die gegebenen hegemonialen Herrschaftsverhältnisse vermittelt und stabilisiert: Klassengegensätze und Verteilungskonflikte können gedämpft, fragile soziale Sicherheiten und sozioökonomische Stabilitäten erhalten werden; ein klassenübergreifendes oder gar gesamtgesellschaftliches Interesse an Wachstum wird suggeriert.

Wachstum kann also u. a. über die Verteilung von Zuwächsen eine fetischartige positive Bedeutung erhalten. Ist sie verfestigt, kann Wachstum als politisches Ziel priorisiert werden, und mit dem Hinweis darauf können ökologische und soziale Ziele und Forderungen unter „Wachstumsvorbehalt“ zurückgestellt oder rundweg abgelehnt werden. Kritikwürdig sind deshalb keineswegs nur ungerechte Verteilungsverhältnisse von „Früchten“ des Wachstums, sondern ebenso die gesellschaftliche Funktionsweise von Wachstum und vor allem die fortgesetzte Produktion der Zuwächse selbst an den z. T. bereits überschrittenen Grenzen der Belastung von Natur. „Produktivität“ der Arbeit, die „rationelle“ Gestaltung des Stoffwechsels mit der Natur haben beim erreichten Stand der „Naturbeherrschung“ und ihrer Eingriffstiefe vollends ihre Eigenschaft als neutrale und unschuldige Basis von Fortschritt verloren. Allerdings springen die Verteilungsungerechtigkeiten stärker ins Auge. Und der berechtigte Kampf dagegen kann davon „ablenken“, dass die Zuwächse, um deren Verteilung gekämpft wird, „eigentlich“ in dieser Form gar nicht hätten entstehen dürfen (Paech).

Wachstum ist also mehrdimensional. Es ist ein durch materielle Prozesse vermitteltes sozioökonomisches Ergebnis der Ausbeutung von Menschen und Natur, aber auch ein Paradigma und eine Verheißung, die Hegemonie klassenübergreifend stiften kann. Als Metapher werden „Wachstum“ und „Wachstumsorientierung“ auch für eine ganze Familie von Imperativen dynamischer Stabilisierung kapitalistischer Gesellschaften – Beschleunigung, Aktivierung, Innovierung – gebraucht (s. Kap. 5.6).

Das *dritte Kapitel* beginnt mit einer Erläuterung der drei zentralen Kategorien (Kap. 3.1). *Wachstumskritik* kritisiert nicht Wirtschaftswachstum an sich, sondern vorrangig die Hegemonie des Wachstumsparadigmas und die damit verbundenen illusionären Verheißungen, Ausblendungen (z. B. seine Quellen und sozialökologischen Folgekosten) und die Abhängigkeiten des Sozialen von verselbstständigten ökonomischen Dynamiken. Sie ist in den 1960/70er-Jahren entstanden, somit älter als die beiden anderen Kategorien und kann Kritik *und* Alternativen aus unterschiedlichen weltanschaulichen Strömungen einschließen.

„*Degrowth*“ (D) geht zurück auf einen Terminus („descent“) des Begründers der ökologischen Ökonomik N. Georgescu-Roegen. Er wurde ins Französische als „*Décroissance*“ übertragen und von der beginnenden gleichnamigen Bewegung in Frankreich als provokanter Slogan gegen den Wachstumsfetischismus genutzt. Später wurde es als „*Degrowth*“ übersetzt, um die Internationalisierung des Diskurses zu erleichtern. *Degrowth* steht für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige *Reduktion* des stofflichen Durchsatzes und damit höchstwahrscheinlich auch des ökonomischen Wachstums

der Wirtschaft im globalen Norden, die ein gutes Leben für alle ermöglichen kann. Das ist für die meisten Autoren mit Kapitalismus und seinem Akkumulationszwang unverträglich, zumindest für den Kapitalismus, „wie wir ihn kennen“.

Postwachstum (PW) ist später im deutschsprachigen Kontext entstanden und wird in verschiedenen Kombinationen verwendet (Postwachstumsökonomie, -gesellschaft, -politik). PW betont vor allem Bedingungen für *wachstumsunabhängige*, ökologisch nachhaltige (suffiziente) Reproduktions- und Lebensweisen, ohne über deren prinzipielle (Un)Verträglichkeit mit Kapitalismen vorab zu entscheiden, damit ohne die radikalere, antikapitalistische Färbung von „Degrowth“ in der „Décroissance“-Tradition. Inzwischen wird „Postwachstum“ auch als Dachbegriff für unterschiedliche Gesellschaftszustände jenseits der Hegemonie des Wachstumsparadigmas verstanden, zumeist normativ für emanzipatorische Visionen. In Einzelfällen wird „Postwachstum“ auch für stagnative kapitalistische Verhältnisse ohne Wachstum, aber mit fortdauernden Wachstumsimperativen genutzt (Dörre). PW/D steht im Buch für alle emanzipatorischen Strömungen; lediglich bei jenen, die sich dezidiert als „Degrowth“ bezeichnen, um sich inhaltlich (als antikapitalistisch) von (reformerischen) Postwachstumskonzepten abzugrenzen, wird auf diese Selbstbezeichnung zurückgegriffen.

Allgemein kann PW/D beschrieben werden als ein *Projekt*, das auf eine radikale sozialökologische Transformation insbesondere der früh industrialisierten kapitalistischen Gesellschaften abzielt, die es ihnen ermöglicht, sich global gerecht und ökologisch nachhaltig, frei von Wachstumszwängen zu reproduzieren und zu entwickeln, und somit Bedingungen eines guten Lebens für alle ermöglicht. Es „lebt“ in verschiedenen Existenzformen – als analytischer, kritischer, visionärer Diskurs, als bewegungsförmige Vernetzung, als individuelle und kollektive Praxen, Experimente und suffiziente Lebensformen, als normativer Bezugsrahmen für politische Reformvorschläge und Kämpfe.

Als *Diskurs* in diversen Arenen (derzeit vorrangig in kritischer Wissenschaft und Zivilgesellschaft) bezieht sich PW/D hauptsächlich auf drei Themen: Gesellschaftskritik, konkret-utopische Visionen und Transformationen. Sie sind durch gemeinsame Werte und Prinzipien verbunden, insbesondere durch:

- Gerechtigkeit als Angleichung von oben nach unten auf ein globales Gesamtniveau des Naturverbrauchs, das ökologische Nachhaltigkeit ermöglicht;
- kollektive und individuelle Autonomie, solidarische, nichtentfremdete resonante Beziehungen zu Gesellschaft, Natur und zu sich selbst;
- Wachstumsunabhängigkeit, die eine demokratische Politisierung von Gestaltungsprozessen ermöglicht und erfordert.
- Das übergreifende Ziel: Bedingungen eines guten Lebens für alle zu schaffen.

Die *Kritik* (Kap. 3.2) kann fünf thematischen Richtungen zugeordnet werden.

1. Der *ökologisch* argumentierende Strang geht davon aus, dass eine Reduktion der „biophysikalischen Größe“ der Wirtschaft in den früh industrialisierten Ländern unaus-

weichlich ist, um die ökologischen Krisen global gerecht zu lösen, dies aber sehr wahrscheinlich eine verringerte wertökonomisch gemessene Wirtschaftsleistung nach sich zieht. Kritisiert wird die wachstumsorientierte Wirtschaftsweise, ihre ungerecht verteilten, negativen sozialökologischen Effekte ebenso wie deren Triebkräfte. Zurückgewiesen werden illusionäre Lösungen für ökologische Nachhaltigkeit und Legitimationen fortgesetzten Wachstums trotz wachsender Risiken.

2. Die *sozial-ökonomische Kritik* problematisiert den sozialen und ökonomischen Nutzen fortgesetzten Wachstums für die Bevölkerung, den „Sinn“ dieses „Fortschritts“ und seiner Maßzahl BIP. Gezeigt wird, warum Wachstum und Wohlstand für Mehrheiten auseinanderklaffen und dass auch und gerade ein wachstumsunabhängiger Wohlstand möglich ist.

3. Einige wachstumskritische Ansätze sind fokussiert auf die Analyse von herrschaftsförmigen Verhältnissen der Ausbeutung und Ungleichheit, die als *Ursachen* für Wachstum und Wachstumsorientierungen sowie deren ökologischen und sozialen Folgen in Betracht kommen und diese Phänomene erklären können. *Kapitalismuskritische* Argumentationen sehen als Motor und Grundlage der wachstumsgesellschaftlichen Dynamiken vor allem die Akkumulation (Anhäufung) von Mehrwert als Profit und seine Reinvestition als Kapital. Dies sei Zweck und Motiv kapitalistischer Produktion, basierend auf der privaten Aneignung von Mehrwert, angetrieben durch Profitmaximierung und Konkurrenz auf möglichst „freien“ Märkten und beschleunigt bisher durch fossile Energieträger. Diese Selbstverwertung von Kapital, um Profit und Wachstum zu generieren, beruht auf einer weit gefassten „Ausbeutung“ von Lohnarbeit, un(ter)bezahlter sozial weiblicher Reproduktionsarbeit und Naturreproduktivität.

Feministische Konzepte kritisieren das Geschlechterhierarchische der (nicht nur kapitalistischen) Wachstumsökonomik und -wirtschaft. Die industriekapitalistisch und patriarchal geprägte Wachstumsökonomie basiere auf der systematischen Abspaltung, Abwertung, Ausblendung und einer damit legitimierten Ausbeutung von sozial weiblicher (reproduktiver) Arbeit und von Leistungen der ökologischen Natur. Im *Verwertungsprozess* werden alle Produktivitäten angeeignet, auch die von Natur und sozial weiblicher, reproduktiver oder Care-Arbeit. In der ökonomischen *Bewertung* jedoch wird als produktiv gesellschaftlich nur anerkannt, was einen Marktwert hat (Biesecker & Hofmeister). Diese systemische Blindheit der Ökonomie gegenüber ihren lebendigen Grundlagen trage wesentlich zur ökologischen Krise bei.

Die auf *globale Süd-Nord-Ungleichheiten* fokussierte Wachstumskritik zeigt u. a., dass und wie

- angehäufter Warenreichtum und zivilisatorische Errungenschaften des globalen Nordens von Beginn an auch auf der Ausbeutung des globalen Südens beruhen,
- dies legitimiert und verdrängt wird und
- der in den nördlichen Zentren konzentrierte Nutzen dieser asymmetrischen Beziehung dort Ungleichheiten dämpfen und sozial stabilisierend wirken kann.

Gesucht wird nach PW/D-Strategien, Leitbildern und Allianzen, die emanzipatorische Alternativen für beide Hemisphären befördern können (z. B. Buen vivir, Postwachstum und Postextraktivismus).

4. Gemeinsam mit der ökonomischen Akkumulationsdynamik prägen weitere *verselbstständigte, selbstzweckhafte Steigerungslogiken* das Leben in allen Bereichen. Ihr gemeinsames Merkmal: Sie sind nicht menschlichen Zwecken und Bedürfnissen unterworfen, sondern folgen ihrer eigenen zwanghaften Logik. So muss der erwirtschaftete Überschuss reinvestiert werden, und die ökologischen Probleme technologisch-ökonomischen Fortschritts werden wiederum primär durch technisch-ökonomische Innovationen „bearbeitet“, verbleiben damit tendenziell in der Logik ihrer Verursachung. „Verselbstständig“ meint, dass diese Dynamiken nicht demokratisch fixierten Zielen untergeordnet sind und nach entsprechenden Regeln gestaltet werden. Sie sind „entbettet“ und richten sich in ihren Fern- und Nebenwirkungen auch gegen jene, die unmittelbar davon profitieren, was als „Entfremdung“ gefasst werden kann und empirisch als Wirtschaftskrisen, Erderwärmung, Intransparenz, Burnout etc. erscheint. Kritisiert wird nicht unbedingt die (Moderne-)Dynamik selbst (z. B. die Tendenz und Fähigkeit zum Innovieren oder Beschleunigen), sondern das „Verselbstständigte“, „Entbettete“, die fehlende demokratische Rückbindung an humane Zwecke und die krisenhafte Abhängigkeit des Sozialen davon. Gleichfalls werden Ideologien kritisiert, die dies als unvermeidbaren Preis von Fortschritt oder als Wesensmerkmal des Menschen anthropologisierend rechtfertigen und verdrängen. Alternativen dazu zielen auf Gestaltungsmöglichkeiten von Widersprüchen und Dynamiken der Moderne und ihrer gesellschaftlichen oder technischen Komplexitäten.

5. Der *kulturkritische* Strang zeigt: Wachstumsimperative und andere Steigerungslogiken sind nicht nur äußere Verhaltensanforderungen für die Individuen. Sie formen auch deren Subjektivität, ihre Motive, Verhaltensweisen, mentale und praktische Welt- und Selbstverhältnisse, damit auch ihre Konzepte eines gelingenden oder guten Lebens; dies jeweils klassen- bzw. milieuspezifisch. Analysiert wird, an welchen Bedürfnissen, Traditionen und Alltagsideologien Wachstumsimperative anknüpfen und in Wachstumssubjektivität übersetzt werden, welche problematischen (Sinnleere, Ohnmacht) oder pathogenen Verarbeitungsweisen (Depressionen, Burnout) dabei auftreten. Kritisiert werden sowohl Bedingungen, die zu problematischen Verarbeitungsformen führen, als auch deren psychologisierende, moralisierende oder anthropologisierende „Erklärungen“. So wird „Konsumismus“ nicht primär als moralische Entgleisung, Gier oder Krankheit interpretiert, sondern gesellschaftlich als „eisernes Gehäuse des Konsumismus“ (Jackson) analysiert.

Jede dieser Kritikformen ist eng verknüpft mit wissenschaftlichen Forschungsrichtungen, sozialen Bewegungen und Initiativen, mit denen gemeinsam Alternativen zu den kritisierten Verhältnissen entwickelt werden. Als übergreifende *Maßstäbe* der Kritik schälen sich drei einander bedingende und überlappende Kriterien heraus:

- Entfremdung (Intransparenz, Verselbstständigung, Sachzwang) vs. demokratisch gestaltende Konstitution von Gesellschaft, von kollektiver und individueller Autonomie, Resonanz;

- Ungleichheit, Herrschaft vs. Gerechtigkeit, egalitäre, herrschaftsfreie Beziehungen;
- selbstzweckhafte Steigerung, Akkumulation, Weltreichweitenvergrößerung, Besitz vs. Muße, Genuss, Anverwandlung, Resonanz, Selbstbegrenzung, Fähigkeitsentwicklung.

Die Kritik geht aus von der Veränderbarkeit der kritisierten Verhältnisse durch kollektives menschliches Handeln, deren Ziele in *Visionen* und konkretisierenden Vorschlägen ausbuchstabiert werden (Kap. 3.3). Vier für eine künftige PWG erstrebte *Ziel-Werte* sind bestimmend für den emanzipatorischen PW/D-Diskurs, und sie korrespondieren mit dominanten Wertorientierungen und experimentellen Initiativen in der Szene. Sie werden in internationalen Diskursen durch vielfältige politisch relevante Vorschläge unteretzt.

1. Das „*Gute Leben für alle*“ kann als ein übergreifendes Ziel einer PW/D-Transformation verstanden werden, das im Zusammenwirken mit den anderen drei zu verwirklichen ist. Bereits in der Wortwahl grenzt es sich von der Verheißung eines ständig steigenden materiellen Lebensstandards ab, knüpft an gleichsinnige internationale Leitbilder (auch indigene, wie z. B. *Buen vivir*) an, schließt von vornherein Gleichheit (auch mit Blick auf künftige Generationen) ein und ist anschlussfähig an vielfältige progressive Diskurse und Wertorientierungen in sozialen Bewegungen. Zentral ist ein Modell von Wohlstand und gutem Leben, das wachstumsunabhängig und global gerecht praktikierbar ist. Was dies für einzelne Lebensbereiche und -bedingungen – Arbeit, Wohnen, Mobilität, Konsum, soziale Sicherheit, Technologie, Demokratie, Wirtschaftsstruktur etc. – bedeuten kann, wie konkret(utopisch)e Transformationsziele zu ermitteln sind, wird erforscht, kontrovers diskutiert und z. T. auch experimentell erprobt

2. *Ökologische Nachhaltigkeit global gerecht* zu verwirklichen, bedeutet für die früh industrialisierten Länder aus Gründen historischer ökologischer Gerechtigkeit eine erhebliche Reduktion des Naturverbrauchs. Das hat sehr wahrscheinlich einen verringerten, (wert)ökonomisch als BIP erfassten Umfang der Wirtschaft zur Folge, jedoch nicht zwangsläufig eine verringerte Gebrauchswertproduktion. Der Hauptweg ist zunächst ein dekarbonisierender Strukturwandel von Wirtschafts- und Lebensweisen. Er schließt die ökologisch und sozial gestaltete Abwicklung von Branchen und Unternehmen ebenso ein wie die öko-innovative Konversion von Produkten und Technologien und den bedürfnisorientierten Ausbau von Bereichen (z. B. Care). Aus PW/D-Perspektive erfordert dies demokratisch und sozial gestaltete gerechte Übergänge für die betroffenen Beschäftigten und neue Formen volkswirtschaftlicher – demokratisierender, ökologischer, egalischer, planender, (De)Investitionen lenkender – Regulationen. Dazu gehören marktformige Regulative und kreatives Unternehmertum ebenso wie Verbote, Obergrenzen, Eingriffe in private Verfügungsrechte.

3. *Soziale Gerechtigkeit – global und innergesellschaftlich* – ist als emanzipatorischer Eigenwert in einer PWG materiell fundiert, indem herrschaftsförmig ermöglichten, akkumulierten Überschüssen und Privilegien sowie der Bündelung ungleicher Lebensbedingungen der Boden entzogen wird. Als Strategien des Übergangs werden u. a. vorgeschlagen: Angleichungen von oben nach unten z. B. durch Maximaleinkommen und

eine unentgeltliche, ökologisch effizientere Grundversorgung durch öffentliche Infrastrukturen. Für den globalen Süden wäre vermutlich das konsequente Eindämmen des Klimawandels und seiner ungerecht verteilten, sozialen Folgen eine sehr wirksame Unterstützung, ebenso ein gedämpfter „Rohstoffhunger“ des Nordens durch die o. g. wirtschaftliche Kontraktion. Vorgeschlagen werden weiterhin der Ausschluss von Praktiken, die eigenständige ökonomische Entwicklungen im globalen Süden behindern, sowie angepasste öko-technologische Transfers, die dies fördern, oder auch Schuldenerlasse. Durchzusetzen sind egalitäre Gerechtigkeitsmaßstäbe nur gegen mächtige Interessen und tief verankerte Vorstellungen von Leistungsgerechtigkeit oder von Ungleichheit als notwendige Bedingung für Effizienz.

4. *Wachstumsunabhängigkeit* moderner Gesellschaften bedeutet Befreiung von Wachstumszwängen und -orientierungen. Solche Gesellschaften wären nicht angewiesen auf permanentes Beschleunigen, Innovieren, Selbstoptimieren, um sich stabil zu reproduzieren und zu entwickeln und ihren Bürgern ein sicheres Leben in Wohlstand zu ermöglichen. Sie können demokratisch entscheiden, ob, was, warum im Rahmen der o. g. drei Ziele „wachsen“ sollte.

Wachstumsunabhängigkeit ist eine Antwort auf ein Dilemma kapitalistischer Marktwirtschaften – ohne „ausreichendes“ Wachstum drohen ökonomische und soziale Krisen, mit Wachstum sind es existenzielle ökologische Krisen. Sie kann befördert werden, indem Ursachen für wachstumstreibende Dynamiken wie Profitstreben, Konkurrenz, Ungleichheit eingedämmt, die Orientierung an den o. g. drei Werten gestärkt und die Abhängigkeit von volatilen Finanzmärkten, globalisierten Wertschöpfungsketten, aufwendigen zentralisierten Infrastrukturen eingeschränkt wird. Kaum vermeidbare Schwankungen und Unsicherheiten können durch flexible Arbeitszeitregelungen abgepuffert oder indem wachstumsneutrale Unternehmensformen öffentlich unterstützt werden. Damit Subjekte „wachstumsfrei“ werden können, sind Freiräume wichtig, in denen soziale Beziehungen ohne Statuskonkurrenz und Wachstumszwänge gelebt werden können und ein Wohlstand ohne Wachstum praktisch vorstellbar wird.

All das ist nur gegen Interessen starker Akteure, eingeschliffene Gewohnheiten, soziale Privilegien und Verdrängungen durchsetzbar. Deshalb wird gefragt nach möglichen *Strategien, Wegen und Akteuren eines Übergangs* zu PW/D (Kap. 3.4). Wie kann der Widerspruch bewältigt werden zwischen dem in der PW/D-Szene dominanten Wunsch nach einer friedlich-demokratisch von unten getriebenen Transformation zu einer PWG einerseits und andererseits der Tiefe des damit intendierten Wandels sowie der begrenzten Zahl und Handlungsmacht der Akteure, die dies bisher wollen? Zwei Wege werden präferiert. Das ist – neben Kritik und Aufklärung – der Ansatz, über Freiräume oder Nischen bottom-up soziale Räume zu schaffen und zu verteidigen, in denen potenziell PW/D-kompatible Praktiken und soziale Beziehungen erfunden, gelebt und durch Vorbild verbreitet werden können, gewissermaßen Keimstätten und Vorgriffe auf eine künftige PWG. Sie können zugleich Orte der Selbsttransformation, des Verlernens von Wachstumssubjektivität sein. Dieser Weg stößt an Grenzen, die durch „nicht-reformistische Reformen“ (Gorz) als komplementäre Strategie überschritten werden können. Sie zielt auf politisch veränderte, institutionelle Rahmenbedingungen durch Druck von

unten auf Staat und Regierungen, die es nicht nur überzeugten Avantgarden ermöglichen, sich alternativ zu verhalten. Ein produktives Zusammenspiel von Freiraumstrategien, politischem Druck von unten durch soziale Bewegungen bzw. zivilgesellschaftliche Initiativen einerseits und damit erkämpften Reformen andererseits, die alternative Praktiken erleichtern, könnte eine kulturelle Gegenhegemonie als Bedingung einer demokratischen PW/D-Transformation ermöglichen (s. auch Kap. 7).

PW/D ist nicht nur Diskurs, sondern auch ein *Spektrum von vernetzten Akteuren*, die sozialstrukturelle Charakteristika, Überzeugungen und Alltagspraktiken teilen (Kap. 3.5). Es sind hauptsächlich Menschen aus einem studentischen, akademischen und (groß)städtischen Milieu, die im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt jünger, weiblicher und stärker in herrschaftskritischen Bewegungen engagiert sind und auch überdurchschnittlich öko-alternative Alltagspraktiken (fleischlose Ernährung, CO₂-arme Mobilität) bevorzugen. Sie sind durch gemeinsame Grundüberzeugungen und Werte verbunden, die den o. g. Ziel-Werten entsprechen, und sie teilen die Vision einer nichtkapitalistischen, profeministischen, friedlichen und demokratischen Transformation (Eversberg & Schmelzer). Fünf Strömungen werden identifiziert, zwischen denen auch Spannungen (etwa zwischen technioptimistischen und industrialismuskritischen Überzeugungen) existieren, die z. T. den traditionellen Spaltungen linker Bewegungen entsprechen, hier jedoch durch andere Strömungen des Spektrums produktiv vermittelt werden können.

Als wichtige Formen, in denen PW/D gesellschaftlich transformativ wirken kann, werden – neben politischen Reformvorschlägen und Aktionen – vor allem Projekte erachtet, in denen das angestrebte gesellschaftlich Zukünftige im Kleinen bereits demonstriert und erlebt und auch das eigene Selbst transformiert werden kann. Darüber hinaus könne PW/D als normatives Konzept und als kooperatives Akteurspektrum einen gemeinsamen Interpretationsrahmen bilden, auf das sich progressive soziale Bewegungen in ihren Aktivitäten für eine sozialökologische Transformation beziehen und Allianzen bilden können. Diskutiert wird, wie PW/D über das eigene Milieu hinaus attraktiver werden kann für „Durchschnittsbürger“ und als Allianzpartner für Gewerkschaften.

Vor allem in den vergangenen zehn Jahren ist PW/D zum Akteur und Gegenstand einer dynamischen, internationalen Forschungslandschaft geworden, an der vielfältige Disziplinen beteiligt sind und die sich u. a. in zahlreichen Artikeln in internationalen Fachzeitschriften niederschlägt (Kap. 3.6). Erforscht werden Alternativen zur herrschenden Wirtschafts- und Lebensweise sowie Bedingungen und Wege, sie zu erreichen. Das Verständnis von Wissenschaft ist häufig transformativ und aktivistisch, orientiert am Konzept der „Post-normal Science“ oder „Public Sociology“. Kritische Wissenschaft wird als Teil der gegenhegemonialen Bewegung gesehen. Das kann u. a. bedeuten, dass Bewegungsaktivisten als sog. Laien in allen Phasen der Forschung idealerweise gleichberechtigt einbezogen sind. Die aus den Forschungen abgeleiteten politischen Gestaltungsvorschläge zielen insbesondere auf soziale Veränderungen als Eigenwert und Bedingung ökologischer Nachhaltigkeit. Ein Transformationsziel in Bezug auf die Wissenschaft selbst ist ein Paradigmenwechsel, welcher die als „normal“ im

Mainstream unterstellten wachstumsorientierten Prämissen und Leitbilder ablöst zugunsten kritischer Pluralität, vor allem in den Wirtschaftswissenschaften.

Wachstumskritik, PW/D sind Antworten auf globale Probleme, entstanden im globalen Norden der 1960/70er-Jahre. Dort ist jetzt noch der Schwerpunkt des Diskurses, auch wenn es im globalen Süden komplementäre Bestrebungen gibt. Innerhalb seines Verbreitungsgebiets können drei *kulturgeografische Räume* unterschieden werden, in denen Themen und Radikalität der Kritik und der vorgeschlagenen Alternativen, die bevorzugten Strategien und Akteure der sozialökologischen bzw. PW/D-Transformationen sowie die theoretisch-weltanschaulichen Wurzeln des Diskurses variieren (Kap. 3.7). Zunächst Stichpunkte zur *französischen* „Färbung“, dem Ursprung der zweiten wachstumskritischen Welle, mit Parallelen zum Diskurs in Spanien und Italien: Anknüpfend an radikal kulturkritische, unorthodox-sozialistische Tendenzen in der 1968er-Revolution gab es in Frankreich bereits in den 1980er-Jahren eine Verbindung zwischen (ökologischer) Wachstumskritik, der Kritik an der Ökonomie und Mainstream-Ökonomie, der kulturellen Auseinandersetzung mit der Steigerungslogik des Spätkapitalismus und dem westlich-universalistischen Konzept von „Entwicklung“, die von anarchistischen Umweltgruppen aufgegriffen wurde. „Décroissance“ und die davon inspirierten „Schulen“ in Katalonien und Italien sind dementsprechend politisch militant, oft explizit antikapitalistisch, von Beginn an kritisch in Bezug auf die produktivistischen Wurzeln der Moderne und offen für die Umweltgerechtigkeitsbewegungen im globalen Süden.

Anders akzentuiert ist der Diskurs in *Großbritannien*, USA, Kanada: „Nachhaltigkeit“ wird nicht frontal zurückgewiesen wie in der französischen Debatte, sondern wachstumskritisch uminterpretiert; Kritik und Alternativen bewegen sich stärker im Rahmen des hegemonialen Verständnisses von Wirtschaft und Ökonomie; Transformationsvorschläge zielen auf makroökonomische Stabilität ohne Wachstum durch Reformen; fundamentale Kapitalismus- und Modernekritik ist selten. Erkennbar sind Parallelen zu den nordischen Ländern mit ihren wohlfahrtsstaatlichen Traditionen.

In der später einsetzenden zweiten Welle im *deutschsprachigen* Raum werden beide Strömungen aufgegriffen – die französisch-mediterrane z. T. bewusst als „Degrowth“, die angelsächsische eher als „Postwachstum“. Hier gibt es zudem Konzepte von Wachstumskritik, die mir in dieser Form aus den anderen beiden Räumen nicht bekannt sind, etwa die einflussreiche suffizienzorientierte Postwachstumsökonomie (Paech) oder eine konservative, aber nicht rechtspopulistische Spielart von Wachstumskritik (Miegel). Außerdem sind hier marxistisch bzw. feministisch argumentierende ökologisch sensible Formen der Kapitalismuskritik präsent, die aber z. T. „Postwachstum“ analytisch, deskriptiv interpretieren, nicht als normative Orientierung.

Nach dieser Übersicht zu Themen, Argumenten, Visionen, Strömungen des wachstumskritischen Diskurses schaut das *vierte Kapitel* auf seine Entwicklung seit den 1960er-Jahren. Es beginnt (Kap. 4.1) mit einem Blick auf geistige Vorläufer der Wachstumskritik im wirtschaftswissenschaftlichen Denken – nach wie vor einer Hauptbastion des Wachstumsparadigmas. Das Ergebnis war für mich überraschend: Eine stattliche Zahl prominenter Köpfe – von Smith über Mill bis zu Keynes und Schumpeter – konnten

sich florierende (Markt)Wirtschaften als stationäre, nicht durch permanentes Wachstum getriebene Ökonomien als Möglichkeit oder erstrebenswerte Zukunft vorstellen, manche gar als Chance für menschlichen Fortschritt.

Die neuere Wachstumskritik begann mit ihrer ersten Welle in den 1960er-Jahren und erreichte in den 1970er-Jahren rasch einen Höhepunkt mit dem furiosen öffentlichen Echo auf den Bericht des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ (Kap. 4.2). Dass überhaupt ein solch kritischer Bericht entstand, ist nicht zuletzt kurzzeitigen Irritationen und strategischen Differenzierungen in Teilen der Eliten in Bezug auf das Wachstumsparadigma zu verdanken, eine Reaktion u. a. auf die 1968er-Revolution und veränderte sozioökonomische Reproduktionsbedingungen. Die alarmierenden Botschaften des Reports trafen auf einen sehr aufnahmebereiten Resonanzboden. Sie lösten eine breite Debatte aus, verschafften dem Umweltdiskurs und den „Öko-Bewegungen in Startlöchern“ öffentliche Aufmerksamkeit und Popularität. Ökologische Wachstumskritik wurde rasch zu einem *gesellschaftlichen* Thema. Im Kontext mit anderen Alternativbewegungen, steigenden Ölpreisen, politischen Konflikten etc. erlebte die Wachstumskritik einen Aufschwung und in den 1970er-Jahren einen vorläufigen Höhepunkt. Die ökologisch argumentierende Kritik wurde stärker theoretisch fundiert, Wachstumskritik wurde thematisch und systemübergreifend erweitert, bezog sich kritisch auf hegemoniale Konzepte von „Fortschritt“ in beiden damaligen weltpolitisch konkurrierenden, sozioökonomischen Systemen und formulierte eigene Zukunftsvisionen. In diesem Zeitraum wurden Theoreme und Begriffe, Slogans, Metaphern und Bilder geprägt, die bis heute populär sind, wie etwa: „Raumschiff Erde“ (Boulding), „Small is Beautiful“ (Schumacher), „Think globally – Act locally“, „Wachstumswahn“ (Eppler), „Megamashine“ (Mumford), „Décroissance“ (Georgescu-Roegen, Gorz), „Konvivialität“ (Illich).

Einige Theoretiker der Gründergeneration werden ausführlicher mit ihren kritischen Zeitdiagnosen, Alternativvisionen und Reformvorschlägen vorgestellt (Kap. 4.2.4, Klassiker I). Ökologische Wachstumskritik (ohne die heutige Dominanz des Klimathemas) war zentral, aber soziale Gerechtigkeit und die Kritik an unterschiedlichen Formen entfremdeter, verselbstständigter Verhältnisse und instrumenteller Rationalität sind oft gleichwertige Themen. Diese Gründergeneration – vorwiegend „weiße Männer“, was sich in den 1980er-Jahren mit dem beginnenden Aufstieg des Feminismus zu ändern begann – verband einige biografische Gemeinsamkeiten. Sie hatten ein interdisziplinäres, wissenschaftliches Profil, waren politisch intervenierende, linke Intellektuelle und standen Graswurzelbewegungen nahe. Viele hatten praktische Erfahrungen in sog. Entwicklungsländern, nicht wenige waren politisch oder rassistisch verfolgte Exilanten aus Nazideutschland oder Österreich.

Erstaunlich ist beim Rückblick auf die kritischen Debatten im langen 1970er-Jahrzehnt, wie viel bereits vorausgedacht war. Vermutlich hatte sich mit der 1968er-Revolution historisch ein Zeitfenster geöffnet, das mit der „neoliberalen Wende“ zunächst wieder verschlossen wurde.

Seit den 1980er-Jahren wird Wachstumskritik, insbesondere ihre radikaleren, gesellschaftskritischen Spielarten, zunehmend marginalisiert (Kap. 4.3). Die Hegemonialität

des Wachstumsparadigmas wurde durch neoliberale Reformen und Leitbilder von Nachhaltigkeit revitalisiert, in denen die ökologische Krise und globale Ungleichheit durch „nachhaltiges Wachstum“ lösbar erscheinen. Im Zusammenspiel von öko-technologischen Innovationen und institutionellen Modernisierungen, konkretisiert in Konzepten von „selektivem“ oder „qualitativem“ Wachstum, wurde Wirtschaftswachstum „rehabilitiert“. Durch diverse Strategien nachhaltiger Entwicklung (z. B. als Effizienzrevolution, Kreislaufwirtschaft etc.) umgesetzt und „ökologisch bereinigt“, wurde es zum Problemlöser legitimiert. Kapitalismusskeptische Wachstumskritik schien vor diesem Hintergrund und nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus als „aus der Zeit gefallen“. Sie überlebte in sozialen Bewegungen und Diskursen kritischer Wissenschaftler, oft unter dem Stichwort „Suffizienz“ oder auch als feministische oder öko-marxistische Kritik und wurde theoretisch vertieft.

Zwei Vertreter der Gründergeneration, die auch in dieser Phase publizistisch sehr aktiv waren, werden unter „Klassiker II“ vorgestellt (Kap. 4.3.2). H. E. Daly trat u. a. hervor als Kritiker des Oxymorons „nachhaltiges Wachstum“ und der neoklassischen Idee der grenzenlosen Ersetzbarkeit von „natürlichem Kapital“ durch produziertes. Er konzipierte alternative Indikatoren zum BIP und entwarf Konturen einer „stationären“ – im Rahmen biophysischer und sozialetischer Grenzen in einer „vollen Welt“ nachhaltig agierenden – Wirtschaftsweise. A. Gorz entwickelte u. a. Reformideen für politisch zu erkämpfende gesellschaftliche Bedingungen einer „ökokompatiblen Industriezivilisation“.

Signale der Rückkehr von Wachstumskritik zeichneten sich als Beginn einer zweiten Welle ab (Kap. 4.4). Sie kündigt sich zunächst in Frankreich um die Jahrtausendwende an als Kritik der Fortsetzung des dominanten westlich-kapitalistischen Modells von „Entwicklung“ und Ökonomie unter dem Leitbild „nachhaltige Entwicklung“. Unter dem Slogan „Décroissance“ wird sein Universalitätsanspruch wissenschaftlich grundsätzlich infrage gestellt und seine Symbole (z. B. die Werbeindustrie) aktivistisch attackiert. Über wissenschaftliche Konferenzen und globalisierungskritische Netzwerke strahlt dies auf kritische Intellektuelle und Aktivisten, alternative Gemeinschaften zunächst in Spanien und Italien aus, die sich unter dem gleichen Synonym vernetzen. In Barcelona entstand das internationale Forschungsnetzwerk „Research & Degrowth“, das u. a. Konferenzen im Zwei-Jahres-Rhythmus veranstaltet.

Im deutschsprachigen Raum setzte vor allem im Gefolge der multiplen Krise von 2007/2008 ff. ein neuer Schub von Kapitalismus- und Wachstumskritik ein, der kritische soziale Bewegungen, Teile der akademischen Wissenschaft, zeitweise sogar den Bundestag (mit der sog. Wachstumsenquete) erreichte und sich in Publikationen, großen Konferenzen und neuen Vernetzungen manifestierte. Die Impulse hierfür kamen auch von ernüchternden Erfahrungen mit der Nachhaltigkeits- bzw. Agenda-21-Politik oder von Décroissance-Aktivitäten in den romanischen Ländern.

Das *fünfte Kapitel* informiert über Debatten um Wachstum und Wachstumskritik in der zweiten wachstumskritischen Welle im deutschsprachigen Raum. Zunächst werden Konzepte vorgestellt, die Wachstum selbst in der gegenwärtigen Form für unabdingbar (Kap. 5.1) oder öko-modernisiert für fortsetzbar (Kap. 5.2) erachten und PW/D strikt

ablehnen. Ein zweiter Teil präsentiert drei wachstumsskeptische Ansätze mit sehr unterschiedlichen Alternativvisionen – von konservativen (Kap. 5.3) bis zu (öko)sozialistischen (Kap. 5.5). Danach wird das PW/D-Spektrum in seinen drei einflussreichen Strömungen dargestellt (Kap. 5.6).

Nach wie vor verteidigen Wissenschaftler und Lobbyorganisationen explizit ein „Weiter wachsen wie bisher“ als alternativlos und bekämpfen erbittert Wachstumskritik und jegliche wachstumseinschränkende Regulierungen (Kap. 5.1). Typische „Argumente“ eines prominenten Repräsentanten (Paqué): Wachstum sei hierzulande weit überwiegend qualitativ, basiere auf neuen Technologien bei konstantem oder geringerem Ressourceneinsatz, verbessere die Lebensqualität vor allem der Armen, löse die Umweltprobleme, schaffe Voraussetzungen für Klimaschutz – kurz: Es sei ein universeller Problemlöser und Synonym für sozialen Fortschritt. Gemeinsam mit seinen wichtigsten Umfeldbedingungen „Freiheit des Marktes und des Wettbewerbs“ und dem dadurch ermöglichten technologischen Fortschritt, von staatlichen Eingriffen unbehelligt, verschmilzt es zu einem Syndrom „höchster Werte“. Die Wachstumskritik, in ihrem „gefährlichen Einfluss“ maßlos überzeichnet, wird als Ausdruck einer saturierten Grundhaltung denunziert, als Verzicht und Verteufelung jeder Art von Wachstum entstellt. Die Argumentation beruht weitgehend auf Ignoranz, Ausblendung, Verdrängung, z. B. von Reboundeffekten, nahen Kippunkten und ökologischen Schulden der früh industrialisierten Länder sowie des Vorsorgeprinzips.

Von einer solchen Wachstumsapologetik grenzen sich die beiden nachfolgenden Varianten (Kap. 5.2.1 und 5.2.2) des Konzepts ökologischer Modernisierung (ÖM) ab. Sie kritisieren das gegenwärtig ökologisch blinde Wachstum und erkennen die ökologische, insbesondere die Klimakrise und andere globale Probleme als Selbstgefährdung unserer Zivilisation an. Ihre Ursachen werden in systemimmanent reparablen Regulierungsdefiziten verortet, die vorrangig auf zwei Wegen behoben werden sollten (Fücks).

a) Durch politisch forcierte ökologisch modernisierende Strategien (z. B. Effizienzrevolution, bioökonomische Kreislaufwirtschaft) könne der ökonomische Stoffwechsel mit der Natur intelligent, grün, nachhaltig wachsen (Kap. 5.2.1). Dies sei die einzig realistische Alternative zu einem illusionären „Weiter so“. PW/D hingegen – hier weitgehend mit Verzicht, Nullwachstum, Asketismus gleichgesetzt – sei unrealistisch und unattraktiv für die Bevölkerung hier und für die Schwellenländer, deshalb nur autoritär durchsetzbar und mache Europa bedeutungslos. PW/D sei eine elitäre Misanthropie, unterschätze die Potenziale des Planeten und die Modernisierungsfähigkeit des Kapitalismus.

b) Die ÖM-Variante „Green Economy“ (GE) sieht den Hebel zu einem ökologisch nachhaltigen wirtschaftlichen Verhältnis zur Natur in der angemessenen marktkonformen monetären Bepreisung der „Dienstleistungen“ ihrer Ökosysteme (Kap. 5.2.2) als „Naturkapital“. Davon ausgehend, werden Instrumente konstruiert, die Übernutzungen von Ökosystemen verhindern, Dekarbonisierungen unterstützen und Biodiversität schützen sollen. Die Voraussetzungen und Nebenwirkungen der GE sind problematisch: Bestimmte Naturfunktionen werden aus Kontexten herausgelöst, priorisiert, quantifiziert, monetär bewertet, Eigentumsrechten zugeordnet. Das Naturverhältnis wird so

utilitaristisch auf eine kapitalisierbare Beziehung verengt. Die ökologischen Effekte der GE sind umstritten.

Beide Varianten basieren auf der problematischen Annahme einer absoluten Entkopplung von BIP-Wachstum und Naturverbrauch. Für beide solle eine grüne Politik der ökologischen Transformation den ordnungspolitischen Rahmen schaffen.

Das Spektrum der Wachstumskritiken beginnt mit einer sehr seltenen Stimme (Miegel) aus dem konservativen Lager (Kap. 5.3). Wesentliche Thesen der Problemdiagnose könnten auch von linken Kulturkritiker*innen stammen: Das wachstumsbasierte westliche Wohlstandmodell sei nicht zukunftstauglich und verallgemeinerungsfähig, die westliche Kultur mit ihrem linearen Fortschritt, dem Fokus auf das Ökonomische, auf das Produzieren und Konsumieren habe mit der ökologischen Krise und den extremen Ungleichheiten kritische Umschlagspunkte erreicht. Der konservative bis regressiv-kern des Konzepts wird allerdings bei der Ursachenanalyse und mehr noch bei der Alternativvision deutlich: Die „eigentlichen“ Ursachen der Misere werden in das Wesen des maßlosen, sich selbst überschätzenden modernen Menschen als „Kurzfristoptimierer“ verlagert. Als konservativ-utopische Alternative wird eine kulturelle Erneuerung als Mäßigung durch Rückbesinnung auf traditionale kulturelle und soziale Werte und Tugenden, auf immateriellen Wohlstand vorgeschlagen. Der Sozialstaat müsse auf eine Grundversorgung zurückgebaut und durch Eigenverantwortung, Familie und gemeinschaftliche Unterstützungsnetzwerke ergänzt werden. An die „wirtschaftlich Leistungsfähigsten“ wird lediglich appelliert, voranzugehen mit freiwilliger Selbstbeschränkung. Das strukturelle Ungleichheitsgefüge bleibt unangetastet.

Linke gewerkschaftsnahe und keynesianisch argumentierende Kritiker der herrschenden Wachstumsorientierung (Reuter & Zinn) hingegen sehen Gefahren in zwei Basistrends in den früh industrialisierten Ländern – säkulare Stagnation und Tertiarisierung bzw. „Dienstleistungsgesellschaft“. Um bei sinkenden Wachstumsraten hohe Profitraten zu erzielen, werde sich der Druck in Richtung Ungleichheit, Sozialabbau, Postdemokratie oder gar zu einer „neofeudalen Dienstbotengesellschaft“ verstärken. Beide Tendenzen böten aber auch progressive Chancen für eine politisch zu gestaltende, sozialökologische Transformation zugunsten öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen mit geringerem Umweltverbrauch und günstigen sozialen Beschäftigungseffekten. Ein Ansatz sieht den Umbau in zwei Phasen vor: eine erste mit Wachstum für Infrastrukturen und sozialer Angleichung, nach Jahrzehnten dann gefolgt von einer sozialökologischen Revolution, die den kapitalistischen Wachstumszwang endgültig überwindet.

Unreflektiert bleibt, wie eine Dienstleistungsgesellschaft in ihrer Gesamtbilanz ökologisch nachhaltig gestaltet werden kann, einschließlich der ökologischen Rücksäcke der importierten Industriegüter. Und wie bleibt das unterstellte qualitative Wachstum ohne relevante Nebeneffekte für das globale Klima? Manche konkreten Vorschläge decken sich mit PW/D. Dennoch grenzen sich die Autoren davon ab, zumal auch sie PW/D weitgehend mit „Schrumpfen“ der Wirtschaft gleichsetzen.

Starke Gemeinsamkeiten mit PW/D hat das auf einen demokratischen grünen Sozialismus zielende Konzept der Doppelten Transformation (Klein). Es soll das polare

Verständnis von Reform und Revolution überwinden, indem zwei Typen von Transformationen als zwei Seiten *eines* Prozesses, inhaltlich und zeitlich miteinander verbunden, gedacht und gestaltet werden: Progressive Reformen ermöglichen innersystemische demokratisch, sozial und ökologisch orientierte Transformationen, die in einen postneoliberalen Kapitalismus münden sollten. Dabei könnten zugleich nichtkapitalistische Tendenzen durch Einstiegsprojekte in die Transformation über den Kapitalismus hinaus gestärkt werden. Langfristig stehe der Übergang zu einer innovativen einfachen Reproduktion ohne „nennenswertes“ Wachstum auf der Tagesordnung. Dem sei jedoch eine Phase des Noch-Wachstums für Investitionen in öko-effiziente Infrastrukturen, den Care-Bereich etc. vorgelagert. Diese Idee eines transformativ notwendigen *gesamtwirtschaftlichen* Wachstums differiert zum PW/D-Übergangprojekt eines Green New Deal (GND) ohne Wachstum (s. Kap. 7). Es stellt sich die Frage, woher angesichts steigender Aufwendungen für Katastrophenreparatur und Klimaschutz die Ressourcen dafür kommen sollen. Unschärf bleibt der Status von „Wachstum“ in der antizipierten postkapitalistischen Formation. Vorgeschlagen wird ein nicht materiell fixiertes Wohlstandsmodell, das nur über einen kulturellen Wandel akzeptabel und attraktiv werden kann. Aber welche Kontroversen sind dafür auch mit Gewerkschaften und Verteilungslinien auszufechten?

Im Hauptteil des Kapitels wird PW/D in seinen drei diskursiven Strömungen charakterisiert (Kap. 5.6). Grundlage der Typisierung sind Differenzen in Bezug auf die drei Leitfragen, die an die Konzepte gestellt wurden: Kritik/Diagnose, Alternativvision, Wege/Akteure der Transformation. Die radikalste Strömung verortet eine PWG jenseits von Kapitalismus und patriarchaler, produktivistischer Moderne (AK, Kap. 5.6.1, 5.6.2). Als überwindenswert problematisiert werden grundlegende Dynamiken und Qualitäten der Reproduktionsweise früh industrialisierter kapitalistischer Gesellschaften. Sie werden zumeist als spezifisch kapitalistisch, aber auch als generell für moderne Industriegesellschaften typisch dargestellt, und ihre Wurzeln werden in übergreifenden Merkmalen der westlichen Moderne feministisch, industrialismus- oder kulturkritisch verortet. Dementsprechend stehen Ausbeutung, Ungleichheiten, Externalisierungen, aber auch Steigerungslogiken und Entfremdung in ihren vielfältigen Formen und Legitimationen im Zentrum der Kritik. Sie werden in dieser theoretisch vielstimmigen Strömung unterschiedlich gewichtet und begründet.

Die Alternative ist hier substanziell und zumeist auch explizit nur vorstellbar als eine nichtkapitalistische Formation. Das „Nichtkapitalistische“ wird als notwendige Bedingung begründet, um das kritisierte „Wachstumsgesellschaftliche“ einzudämmen und zu überwinden. Besonderes akzentuiert wird die drastische Reduktion des Stoffdurchsatzes im globalen Norden aus Gründen historischer Öko- bzw. Klimaschuld, auch durch Abwicklung ganzer Branchen und durch Deprivilegierungen. Inwiefern in einer PWG auch Tauschlogik, Markt, Geld, Staat jenseits von Kapitalismus eine Zukunft haben, wird kontrovers diskutiert. Die konkret-utopischen Gesellschaftsvisionen werden mit Vorschlägen für alle Gesellschaftsbereiche konkretisiert – mit vielen Parallelen zu den beiden anderen Strömungen und Anschlussmöglichkeiten an kritische Debatten und Bewegungen jenseits von PW/D. Übergänge zu PW werden hauptsächlich gedacht als

Ergebnis konfliktreicher *politischer* Prozesse. In ihnen werden radikale sozialökologische Reformen durchgesetzt, maßgeblich initiiert durch den politischen Druck sozialer Bewegungen, der auch Formen zivilen Ungehorsams einschließt, und getragen durch breite Allianzen.

Neben wachstumskritischen Klassikern, auf die sich auch die anderen beiden Strömungen beziehen (z. B. Illich, Hirsch, Georgescu-Roegen, Gorz), sind hier theoretische Bezüge zu (öko)marxistischen, (öko)feministischen, post-kolonialen, öko-sozialistischen Autoren und vor allem auch zu Degrowth-Debatten in den romanischen Ländern stärker ausgeprägt.

Resonanz findet diese Strömung m. E. vor allem in Teilen der kritischen akademischen Forschung und Lehre, in politisierten Kreisen sozialer Bewegungen und Initiativen sowie in transformativ-linken und wachstumskritischen Netzwerken. Der Zugang zu den Argumentationen dieser Strömung erfordert – mehr als bei den anderen beiden Richtungen – ein gesellschaftstheoretisches und politisches Verständnis, was m. E. eine kommunikative Hürde für eine breitere Rezeption sein kann.

Eine zweite Strömung zielt auf Stabilität und Wohlstand ohne Wachstumszwang (REF, Kap. 5.6.1, 5.6.2), die vorrangig durch (links)keynesianisch inspirierte makroökonomische Reformen erreicht werden sollen. Die Analysen, Modelle, politischen Vorschläge sollen theoretisch schlüssig und praktikabel nachweisen, dass krisenfreie ökonomische und soziale Stabilität auch wachstumsunabhängig möglich ist und der Übergang zu einer solcherart wachstumsbefriedeten Reproduktionsweise keineswegs über antikapitalistische Revolten erfolgen muss, sondern über wissenschaftlich fundierte (zunächst) systemimmanente Transformationen möglich ist, die reformerisch von oben durch aufgeklärte, reformwillige Teile der Eliten und progressiv umgebaute staatliche Institutionen wissenschaftsgeleitet durchgesetzt werden.

Die Kritik ist breit angelegt, fokussiert auf die Wachstumsdynamiken und -abhängigkeiten, ihre zunehmenden ökologischen Risiken, soziale Sinnleere, fragile krisenanfällige Institutionen. Ebenso wird gegen legitimatorische Mythen und Illusionen (z. B. einer technologischen Lösung der Klimakrise) sowie Vorbehalte gegenüber Wachstumskritik polemisiert. „Konsumismus“ wird in seiner vielschichtigen sozialen Bedingtheit analysiert. Antikapitalistische oder moderneskeptische Fundamentalkritik steht hier nicht im Vordergrund.

Alternativvorschläge sind zentriert um die Frage, wie zentrale Institutionen (Arbeitsmarkt, Gesundheits- und Finanzwesen, Wirtschaftsregulation) so reformerisch umzugestalten sind (z. B. über Arbeitszeitverkürzung, Investitionslenkung, Obergrenzen für Ressourcenverbrauch und Einkommen etc.), dass sie wachstumsunabhängig stabil „funktionieren“ und einen qualitativ anderen – Fähigkeitsentwicklung, sinnvolle Arbeit, Selbstwirksamkeit etc. einschließenden – Wohlstand mit mehr sozialer Gleichheit und innerhalb von Leitplanken ökologischer Nachhaltigkeit ermöglichen; all dies ohne radikalen Systemwechsel, ohne Krisen und Verzicht. Die „Kapitalismusfrage“ bleibt offen. Würde allerdings das Gros der Vorschläge implementiert, so bliebe m. E. wenig von dem Kapitalismus übrig, wie wir ihn kennen, was allerdings die Frage aufwirft, ob der institutionelle Umbau tatsächlich so konfliktarm zu bewältigen ist, wie erhofft.

Diese Richtung unterstellt ein starkes Vertrauen in die transformative Kraft von Reformpolitiken und in die Reformbereitschaft von Teilen der (wissenschaftlich aufgeklärten) Eliten. Der progressive reformierte Staat ist der entscheidende Akteur der sozialökologischen Transformationen per Reregulierung von oben. Nischenprojekte, Pioniere und soziale Bewegungen sind auch hier wichtig, aber weniger als Basis für politischen Druck wie bei AK und nicht als Ersatz für reformpolitisches Handeln wie bei der nachfolgenden Strömung SUF. Sie demonstrieren, was entgegen misanthropischer Annahmen möglich sein kann.

Die Argumentationen stützen sich auf zahlreiche Studien aus vielfältigen Wissensgebieten. Bevorzugte theoretische Quellen sind u. a. Keynes, Hirsch, Polanyi. Rezipiert wird vor allem das durch Tim Jackson repräsentierte Konzept; seine politischen Vorschläge finden vermutlich in Kreisen Resonanz, die an Nachhaltigkeit, Suffizienz und Reformen orientiert sind, in großen Umweltverbänden und Parteien. Affinitäten sind deutlich zu Ansätzen wie Suffizienzpolitiken (Schneidewind & Zahrt) oder zu Debatten um Strategien einer sozialökologischen oder Großen Transformation oder eines neuen GND 2.0, wie sie z. B. im Umfeld des Wuppertal-Instituts oder des WBGU geführt werden.

Eine dritte Strömung zielt auf eine Postwachstumsökonomie durch Nähe, Suffizienz, moderne Subsistenz (SUF, Kap. 5.6.1, 5.6.2). Diagnostiziert werden vor allem ökologisch zerstörerische, expansive Dynamiken, die zugleich Individuen entmündigen, sie entfremden, von komfortablen, aber intransparenten „Fremdversorgungssystemen“ abhängig machen und damit ihre praktischen Fähigkeiten verkümmern lassen. Tiefere Ursachen und historische Wurzeln dafür werden kultur- und industrialismuskritisch in der produktivistischen westlichen Moderne und ihrem Fortschrittskonzept verortet. Als Wachstumstreiber gelten die globale Arbeitsteilung und ihre Infrastrukturen, Kredite, Ungleichheiten, aber ebenso die Praxis, mehr Verteilungsgerechtigkeit über Zuwächse zu erreichen. Auch kapitalismusspezifische Mechanismen wie Konkurrenz- und Akkumulationszwang werden kritisch angesprochen, sind aber nicht zentral wie in der Strömung AK. Dekonstruiert werden Illusionen dematerialisierender Produktivitätssteigerungen und technologischer Innovationen.

Die Alternativvision ruht hauptsächlich auf drei Säulen: einem stark reduzierten global übertragbaren materiellen Wohlstand, basierend auf einem stark geschrumpften und ökologisch regulierten, (noch) global arbeitsteilig agierenden industriellen Sektor; einer überschaubaren Postwachstumsökonomie (PWÖ) der Nähe, die transparente, Empathie ermöglichende, weitgehend entkommerzialisierte, lokale und regionale ökonomische Netzwerke umfasst, sowie einer suffizienten Kultur und subsistenten Praktiken mit viel Eigenarbeit bei drastisch reduzierter Erwerbsarbeit. Der Übergang zu einer solchen durch Suffizienz und Subsistenz geprägten Wirtschafts- und Lebensweise könne als Gewinn und Befreiung wahrgenommen werden, als Zeitwohlstand, Zuwachs an Sicherheit und Stabilität.

Durchsetzbar sei all das hauptsächlich von avantgardistischen Individuen, Initiativen und Unternehmen, aufgeklärten Eliten, die, von öko-moralischen Überzeugungen geleitet, vorangehen und durch ihr Beispiel immer mehr Menschen überzeugen. So könne

sich von unten eine zukunftsfähige „Parallelgesellschaft“ formieren, die das Alte obsolet werden lässt. Zumindest entstehen Modelllösungen und Fähigkeiten für die Zeit nach dem wahrscheinlichen ökologisch-ökonomischen Kollaps. Politische Rahmenbedingungen und Reformen wären hierfür zwar hilfreich, sie zu fordern (wie in REF) oder konflikthaft zu erkämpfen (wie in AK vorgeschlagen) sei aber in westlichen „Konsumdemokratien“ müßig. Effektiver wäre es, wenn alle ihre – hier großzügig unterstellten – Handlungsspielräume für die vorgeschlagene Lebensstiländerung nutzen.

Diese Richtung wird maßgeblich von Niko Paech entwickelt und vertreten, der zahlreiche Bezüge zu modernekritischen Klassikern der ersten Welle (u. a. Illich, Schumacher) und zu zeitgenössischen Autoren (z. B. Gronemeyer, H. C. Binswanger) herstellt, selten zu marxistisch oder feministisch orientierten.

Anklang finden diese Thesen nach meinen Beobachtungen vorrangig bei ökologisch sensibilisierten, zivilisations skeptischen, Lebenssinn und Orientierung suchenden Menschen, die mit dem nötigen Wandel bei sich selbst oder im Umfeld unmittelbar, ohne den Marsch durch politische Institutionen, individuell oder gemeinschaftlich beginnen und etwas anstoßen möchten oder die bereits in entsprechenden Initiativen engagiert sind und durch das Konzept theoretisch-weltanschaulich bestätigt werden.

Ein vergleichender Blick auf die drei Strömungen zeigt: Sie unterscheiden sich zwar deutlich, aber sie schließen einander nicht aus, sondern teilen grundsätzliche Werte und auch wichtige konkrete Vorschläge und sind vermutlich in der Lage eine unterschiedliche Klientel „anzusprechen“, da sie mit gesellschaftlich relevanten Sichtweisen korrespondieren. Die „eine wahre Strömung“ kann es deshalb nicht geben.

Kontroversen innerhalb von PW/D und um dieses Diskursfeld werden im *sechsten Kapitel* analysiert. Zunächst setze ich mich mit typischen Argumenten oder Unterstellungen linker, ablehnender Kritik an PW/D im deutschen Sprachraum auseinander (Kap. 6.1): PW/D wird gleichgesetzt mit einem Schrumpfen des BIP ohne umfassende gesellschaftliche Transformation, mit individuellem Konsumverzicht ohne neues Wohlstandsmodell. PW/D legitimiere damit Ungleichheiten, Austeritätspolitik, Lohnverzicht etc. und unterschätze technologisch-innovative Öko-Effizienzpotenziale und sei insgesamt Ausdruck einer saturiert-überheblichen Haltung jener, die sich „Verzicht leisten können“. Konstruiert werden solche Vorwürfe, indem der populäre, aber auch innerhalb des Spektrums umstrittene PW-Ansatz von Niko Paech (in amputierter Form) zur Zielscheibe erkoren und als charakteristisch für das ganze PW/D-Spektrum deklariert wird.

Anders die internationalen theoretischen Debatten im Spannungsfeld von Wachstums- und Kapitalismuskritik (Kap. 6.2). Sie kreisen um Fragen der je unterschiedlichen Reichweite von Kritik, Veränderung und Erklärungskraft beider Seiten. Mein Resümee dazu: PW/D-Visionen und Kapitalismus sind unverträglich. Der Eindruck, dass sie miteinander kompatibel sind, kann allerdings bei einem reduzierten Verständnis zumindest von einem der beiden Konzepte entstehen. Eine kapitalistische Formation ohne Wachstum, aber mit fortgesetzter Wachstumsorientierung und Profitaneignung ist real möglich, aber sehr wahrscheinlich „neo-feudal“ ungleicher und autoritärer. Nicht- oder Postkapitalismus ist keineswegs per se deckungsgleich mit Zielwerten von PW/D, auch nicht in Gestalt von deklarierten Sozialismen. Diese können als Projekt so

intendiert oder durch Umstände erzwungen werden, dass sie auf Wachstum orientiert und in ihrer sozioökonomischen und politischen Stabilität darauf angewiesen sind. Expliziter Antikapitalismus ist weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung, um konzeptuell und praktisch zu PW/D zu kommen. Jegliche Bewegung in Richtung einer PW/D-Transformation startet innerhalb der gegebenen Verhältnisse und knüpft an sie an. Nicht jegliche Kapitalismuskritik thematisiert die wachstumskritisch problematisierten (industrialistischen, produktivistischen, entfremdenden) Dynamiken der Moderne, deren postkapitalistisches Fortleben „restaurativ“ wirken kann. Aber auch andersherum gilt: Nicht jede Wachstumskritik ist auch eine theoretisch-politökonomisch fundierte Kapitalismuskritik. Beide Ansätze können einander im Meinungsstreit konkurrierend anregen und ergänzen.

Anschließend (Kap. 6.3) werden einige Aspekte dieser Kontroverse sowie (verteilungs)linke Vorbehalte gegenüber PW/D aufgegriffen und gefragt: Ist es aus kapitalismuskritischer Sicht legitim, klassenübergreifende Entfremdungen oder Privilegierungen der Lebensweise (im Nord-Süd-Verhältnis) zu kritisieren? Werden mit einem solch überwölbenden „Wir“ nicht Klassengegensätze, Ungleichheiten und soziale Spaltungen innerhalb des globalen Nordens, die Alltagssorgen der „einfachen Menschen“ unterbewertet, individueller Konsum gegenüber ökologisch schädlicher Produktion moralisierend überbewertet? Aber solche Risiken sind m. E. kein Grund, die strukturellen Verstrickungen der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen in Wachstumsabhängigkeiten, damit konstituierte, überlappende Interessen von Kapital und Arbeit an Wachstum zu ignorieren und nach Alternativen zu suchen. Von der „Klassenfrage“ führt kein direkter Weg zu ökologisch nachhaltigen Produktionen und Lebensweisen. Sozialökologische Transformationen zu einem wachstumsunabhängigen Wohlstand und seine demokratische Gestaltung schließen Diskurse über gutes Leben, Bedürfnisse und ihre Bedingungen ein.

Wird eine PWG imaginiert als modern, komplex, arbeitsteilig organisiert, zwar ohne antagonistische Interessen, aber funktionell, sozial und kulturell ausdifferenziert und mit relativ eigenständigen (Wirtschafts)Akteuren mit nicht-identischen Interessen, so stellt sich auch hier das Problem, wie die ökonomischen Beziehungen so „vermittelt“ werden können, dass die PW-Qualitäten tatsächlich praktisch reproduziert werden. Diskutiert wird vor allem, welche Rolle hierbei marktförmige Regulative spielen sollten (Kap. 6.4). Drei Antworten darauf werden im PW/D-Diskurs vertreten: a) Märkte werden postwachstumskonform modifiziert, bleiben aber prioritär. b) Warenproduktion mit äquivalenter Tauschlogik, Märkten und Geld findet in den nunmehr bestimmenden gemeinschaftsförmigen Beziehungen nicht mehr statt. c) Für den Diskurs insgesamt typischer und m. E. plausibler ist eine „mittlere“ Position. Sie plädiert für eine Vielfalt von Regulationen, in der auch marktförmig-sachliche Kategorien wie Geld ihren Platz haben. Allerdings wird der Warencharakter von Arbeitskraft, Boden, Geld tendenziell aufgehoben, und marktwirtschaftliche Instrumente werden auf demokratisch fixierte, sozialökologische Ziele umorientiert und institutionell und kulturell PW/D-konform eingebettet.

Das abflauende, aber offenkundig noch über Jahrzehnte anhaltende globale, sich auf die ärmeren Länder konzentrierende Bevölkerungswachstum (Kap. 6.5) wird oft als die Hauptursache für Wachstum und ökologische Probleme betrachtet. Übersehen werden dabei die weit höheren ökologischen Pro-Kopf-Belastungen in den früh industrialisierten Ländern. Dennoch wäre ein baldiger Rückgang des Bevölkerungswachstums aus PW/D-Perspektive sozial und ökologisch vorteilhaft. Wie könnte er beschleunigt werden? Befürwortet werden Bedingungen, die den freiwilligen demografischen Wandel fördern, wie etwa: verringerte Mortalität durch bessere Ernährung, Gesundheit, Hygiene; stärkere Rechte von Frauen, vor allem ihre reproduktive Selbstbestimmung; mehr Investitionen in Bildung, soziale Sicherheit und gegen Kinderarbeit. All dies kann auch auf relativ niedrigen Niveaus von Einkommen und BIP erreicht werden, z. B. mit einem Bruchteil des aktuellen durchschnittlichen US-Einkommens.

Stark verbreitet ist in der Öko- und PW/D-Szene die Redeweise von ökologischen, sozialen, ökonomischen, subjektiven oder planetaren „Grenzen“ des Wachstums (Kap. 6.6). Sie sind oft quantitativ mit wissenschaftlicher Autorität bestimmt und sollen zum „umsteuernden“ Handeln alarmieren. Aber die Grenzmetapher ist nicht gefeit gegen Fehldeutungen: Insbesondere die ökologisch relevanten Grenzwerte haben zwar einen „unverhandelbaren“ materiell-naturgesetzlichen Kern, jenseits dessen lebenswichtige Systeme chaotisch kippen können. Aber als „Grenz“-Werte sind sie auch Ergebnis machtpolitischer Kräfteverhältnisse und politisch-kultureller Abwägungen dessen, was als „vertretbares Risiko“ definiert wird. Als „relativ“ sollte deshalb auch gelten, was als „sichere Handlungsräume“ identifiziert wird. Die dabei oft praktizierte „nordwestliche Draufsicht“ übersieht zudem regional und sozial unterschiedliche Betroffenheiten, die ein „sicher“ aus global südlicher Perspektive auch zynisch klingen lassen können. „Grenzen“ liegen also nicht als „Konstanten“ draußen in der Natur. Auch der gewaltsame Umgang mit Natur stößt nicht auf fixierbare „ästhetisch-kulturelle Schmerzgrenzen“, die Widerstand auslösen. Sie werden politisch und diskursiv erkämpft, ausgehandelt – innerhalb veränderlicher „gesellschaftlicher Naturverhältnisse“. Vorgeschlagen wird, den Diskurs zu verschieben weg von der Vorstellung „äußerer Grenzen“, auf die unbegrenzte Bedürfnisse stoßen, weshalb es Knappheit gebe, die durch Wachstum zu überwinden wäre, hin zur Idee eines „Guten Lebens“, das in einem demokratischen politischen Projekt als autonome kollektive Selbstbegrenzung verwirklicht wird.

Anschließend folgt ein Vorschlag, wie die im 5. und 6. Kapitel gezeigten Differenzen und Kontroversen innerhalb von PW/D typisiert und interpretiert werden können und wie damit umgegangen werden sollte (Kap. 6.7). Letzteres geht von der Prämisse aus, dass in einer sozial differenzierten und weltanschaulich pluralen Gesellschaft auch im „progressiven Lager“ die Sichtweisen auf die Erwünschtheit von gesellschaftlichen Zukünften oder die Präferenzen für geeignete Strategien und Akteure zwangsläufig differieren. Die eine wahre, angemessene Strömung oder Position kann es nicht geben. Wohl aber können Ansprüche auf Allgemeingültigkeit von Aussagen oder die Angemessenheit eines Vorschlags in Bezug auf eine bestimmte Konstellation kritisch überprüft werden. Aus dieser Perspektive sind diverse Strömungen, Ansätze und Kontroversen zwischen ihnen auch vorteilhaft: Sie können „Brücken“ schlagen zu unterschiedlichen

Milieus und potenziellen Allianzpartnern; sie verkörpern ein Reservoir an Ideen für unterschiedliche Situationen und ungewisse Zukünfte, und im Meinungsstreit können falsche Alternativen überwunden und Positionen präzisiert werden. Was es im Umgang mit Differenzen zu vermeiden gilt, sind gleichgültige Beliebigkeit statt Disput, unproduktive Suche nach bzw. Streit um den *einen* richtigen, das vielfältige Spektrum ersetzenden Ansatz oder auch die Übertragung von Prinzipien wissenschaftlicher Wahrheitssuche auf bündnispolitische Diskurse, in denen es auch um Kompromisse geht.

Wie könnten Übergänge und erste Schritte zu einer PWG in einem Land wie Deutschland gestaltet werden, woran könnten sie anknüpfen? Diese Fragen werden im Schlusskapitel erörtert.

Die Reproduktion der herrschenden und aus PW/D-Sicht demokratisch zu überwindenden Verhältnisse beruht maßgeblich darauf, dass sie auch den davon Benachteiligten mehrheitlich als akzeptabel oder kleineres Übel, als alternativlos und deshalb als zustimmungsfähig erscheinen. Diese Zustimmung ist in Alltagsdenken und -praktiken, im Mainstream der Medien, in hegemonialen Gesellschafts-, Menschen-, Naturbildern tief verankert, die auch dominante Überzeugungen von unbegrenztem Fortschritt durch Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, technische Innovationen stützen. Aber diese kulturelle Hegemonie ist auch in den Erfahrungen von großen Bevölkerungsgruppen nicht ohne Widersprüche und Zweifel, und sie wird von Minderheiten gegenhegemonial infrage gestellt. Kritische Aufklärung, alternative Initiativen und Praxen, erschütternde Ereignisse können Skepsis an der Alternativlosigkeit verstärken und die Diffusion subversiver Ideen in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, in der Wissenschaft, in Medien und staatlichen Institutionen fördern. Das ist ein Potenzial, das progressiv interpretiert, zu mobilisierungsfähigen Transformationszielen politisch gebündelt und in Allianzen angestrebt werden kann. Über radikale Reformen können systemische Reproduktionsbedingungen so verändert werden, dass Wachstumszwänge und -abhängigkeiten verringert und dabei Lebensbedingungen verbessert werden. Steigt damit die Akzeptanz von PW/D über alternative Minderheiten hinaus, können PW/D-Vorschläge zum Gegenstand politischen Wettstreits werden. So eröffnen sich Chancen für politische Mehrheiten, die wiederum Spielräume für weitergehende Reformen und PW/D-kompatible Alltagspraxen erweitern. – So weit die allgemeine Möglichkeit für eine PW/D-Hegemonie (Kap. 7.1).

Die Offenheit für wachstumskritische sozialökologische Transformationen ist besonders ausgeprägt in akademisch geprägten Milieus. Ansatzpunkte dafür sind jedoch auch zu finden bei „normalen“ Lohnabhängigen, in kritischen Meinungen, in Einstellungen und Mentalitäten sowie in Praktiken und Traditionen (Kap. 7.2, 7.3). Sie sind oft widersprüchlich, können unterschiedlich politisiert werden, und sie sind mit konträren Mehrheitsmeinungen konfrontiert. Aber sie verweisen auf gegenwärtig unzureichend verwirklichte Bedürfnisse in Erwerbsarbeit und Alltag, aus denen Bausteine für einen wachstumsunabhängigen Wohlstand entwickelt werden können, die sich mit Forderungen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen decken. Zu einem Konzept zusammengefügt, kann daraus ein Kristallisationskern für breitere Allianzen entstehen. Würde ein solches Verständnis von Wohlstand durch vertrauenswürdige Akteure in Auseinan-

dersetzungen um Transformationen eingebracht, so könnten Vorurteile („Verzicht“) gegenüber PW/D abgebaut und die soziale Basis für Akzeptanz erweitert werden (Kap. 7.3).

Längerfristig können durch Reformen wachstumsunabhängige Bedingungen, Praktiken, Zugangswege der Befriedigung wichtiger Bedürfnisse entstehen, gewohnheitsmäßig verfestigt und als vorteilhaft erfahren werden. Aber um hegemonial zu werden, benötigt ein solcher kultureller Wandel (intergenerationelle) Zeiträume, die angesichts der jetzt erforderlichen Weichenstellungen zur Eindämmung der Klimakrise nicht verfügbar sind. Prioritäten der Transformation verlagern sich auf dekarbonisierende technologische Innovationen und volkswirtschaftliche Restrukturierungen, die möglichst so zu gestalten sind, dass Elemente einer Produktions- und Alltagsinfrastruktur (z. B. EE) entstehen, die auch für eine PWÖ unabdingbar sind. Das wird nicht gehen ohne das aktive gesellschaftspolitische Engagement von Gewerkschaften, die sich aktiver ökologischen Zielen, Transformationen und Bewegungen öffnen, und ohne einen aktiven Staat, der von sozialen Bewegungen in eine solche progressive Richtung gedrängt wird (Kap. 7.4).

Durch die alarmierenden Symptome der Erderwärmung und den Druck der Klima- und Umweltbewegung ist die Klimakrise zu einem bestimmenden Thema auch in der „großen Politik“, in der Parteienkonkurrenz und öffentlichen Debatte geworden. Sie wird im Mainstream definiert als ein Problem dekarbonisierenden technologisch-strukturellen Wandels und übersetzt in Reduktionsziele, Zeitpläne und Instrumente für Investitionen, für mehr oder weniger sozial abgeféderte Aus- und Umstiege. BIP-Wachstum wird nicht als Ursache, sondern als Bedingung der Lösung thematisiert. In Teilen des links, sozial und keynesianisch orientierten politischen Spektrums wird der Staat als Akteur volkswirtschaftlicher Lösungen und Investor adressiert. Unter dem Motto „GND 2.0“ werden (Supra)Nationale Aktionspläne für klimagerechte Investitionen in Infrastrukturen und Strukturwandel diskutiert (Kap. 7.5). In ihnen werden auch Forderungen von Basisbewegungen nach gerechten und partizipativen Übergängen und internationaler Klimagerechtigkeit aufgegriffen. Hier knüpfen internationale PW/D-Debatten an und schlagen einen „GND ohne Wachstum“ vor. Sie erkennen die Notwendigkeit umfassender Investitionen und von temporärem und spezifischem, sozial-ökologisch gezieltem Wachstum an. Denkbar ist zwar auch der Übergang zu einer klimastabilen PWG über den prioritären Weg einer drastischen Reduktion des Stoffdurchsatzes durch Einschnitte in die gegenwärtigen Strukturen mit moderaten Innovationen, materiell verringerter individueller Konsumtion und egalitären Umverteilungen, begleitet von einem längerfristigen kulturellen Wandel. Aber das wäre offensichtlich politisch nicht machbar und zu zeitaufwendig. Außerdem kann ein GND 2.0 so gestaltet werden, dass durch diesen letzten spezifischen Investitions- und Wachstumsschub Elemente entstehen, die auch für eine PWÖ notwendig sind (z. B. CO₂-freie Energieversorgung und Mobilitätssysteme).

Pauschales und fortgesetztes BIP-Wachstum jedoch wird als Ziel und als Bedingung für einen sozialökologischen GND 2.0 abgelehnt. Denn: a) Es sei wenig wahrscheinlich, die Erderwärmung durch einen wachstumsbasierten GND im angestrebten Umfang und

Zeitrahmen einzudämmen. Die einzuhaltenden Obergrenzen für THGE zwingen zum Umstieg auf EE in allen Bereichen. Die Energieausbeute der EE jedoch ist wesentlich geringer als die der fossilen Energiequellen; dies durch den forcierten Ausbau von EE zu kompensieren stößt auf Knappheiten und Widerstände, erhöht indirekt durch die erhebliche Materialintensität der EE-Infrastruktur selbst THGE und verstärkt andere Risiken (u. a. Verlust an Biodiversität). Mit einer völligen Umstellung auf EE könnte zudem ein Schwellenwert der Energiebereitstellung unterschritten werden, der für Wachstum erforderlich ist. b) Die Mittel für die dekarbonisierenden Investitionen können auch generiert werden, indem ein wachsender Teil eines stagnierenden oder sinkenden BIP darauf konzentriert wird. Das wäre durch öffentliche Investitionen oder Formen gesellschaftlicher Investitionslenkung zu erreichen. Eine Finanzierung über öffentliche Kredite wäre mit geringeren Profitabilitätserwartungen verbunden und würde so die Refinanzierung erleichtern. Weitere Quellen dafür jenseits des üblichen Wegs „forciertes Wachstum – höhere Steuereinnahmen“ wären: keine Subventionen für fossil basierte Technologien und Produkte; sehr hohe Einkommen und Vermögen progressiv besteuern; Kostenersparnis durch entfallende Kollateralschäden von Wachstum und polarer Ungleichheit; staatlich generiertes, zinsfreies Kreditgeld, nach ökologischen Kriterien politisch bewilligt. c) Ohne pauschales BIP-Wachstum werden wachstumsabhängige Institutionen wahrscheinlich instabil. Dem kann durch Reformen und Politiken der Wachstumsunabhängigkeit entgegengewirkt werden. d) Ein gutes Leben ohne hohe Einkommen wird u. a. durch erweiterte soziale Rechte, den Ausbau öko-effizienter öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen bzw. den universellen Zugang zu ihnen (z. B. Universal Basic Services) ermöglicht.

All diese reformerischen Transformationen sind real möglich auch ohne Frontalattacke auf die Basisinstitutionen kapitalistischer Verwertungslogik, schränken jedoch ihre Wirkungsweise zugunsten von Regulativen mit erweiterten Spielräumen für PW/D-kompatible Reproduktions- und Entwicklungsweisen ein.

Dieser Ansatz muss sich vermutlich in einem enger werdenden Zeitfenster gegen Logiken und Mächte durchsetzen, die zunehmend mit der Priorität von Klimaschutz, -anpassung und Katastrophenreparatur für ein verschärftes Wachstumsregime argumentieren und in der Realität eine nicht nur ökologisch zerstörerische Eskalation freisetzen würden. Politische Akteure im linken und grünen Spektrum, die jetzt noch mehrheitlich die Wachstumsfrage ignorieren oder umgehen – etwa weil sie den propagandistischen Gegenwind, Wählerschwund oder den Verlust anerkannter Regierungsfähigkeit fürchten –, werden nicht mehr umhinkommen, sich hier klar zu positionieren. Sind die technologisch-marktlichen Machbarkeitsillusionen verfliegen, werden „Gutes Leben vs. Wachstum“ zum zentralen Thema der Auseinandersetzungen, falls es die zivilisatorischen und ökologischen Bedingungen dann noch erlauben.

Vor dem Hintergrund der Klimakrise ist ein weitreichender Konsens entstanden: Eine dekarbonisierte Wirtschaft ist unabdingbar – und in diesem Jahrzehnt sind die entscheidenden Weichen für den Strukturwandel zu stellen. Ökoeffiziente technologische Innovationen und ein robustes Wirtschaftswachstum gelten als die Erfolgsgaranten. Umstritten sind lediglich das „Wie“ und die Verteilung der sozialen Kosten des Wandels.

Aber es gibt begründete Zweifel an der eingeschlagenen Richtung. Alternative Konzepte zeigen: Um einen Klimakollaps zu vermeiden und andere akute ökologische und soziale Krisen zu bearbeiten, bedarf es einer sozialökologischen Transformation, die zu deutlich weniger Naturverbrauch aufgrund verringerter Wachstumszwänge führt – und die zugleich mehr soziale Gleichheit, ökologische Gerechtigkeit und einen qualitativ anderen Wohlstand ermöglicht.

Diskutiert werden derartige Visionen und konkrete Wege unter den Stichworten „Wachstumskritik, Postwachstum, Degrowth“. Über diesen Diskurs, seine wissenschaftlichen Grundlagen, seine Akteure, Hauptargumente, Strömungen und politischen Vorschläge informiert dieses Buch.

Frank Adler ist habilitierter Soziologe. Er forscht und publiziert zu sozialökologischer Transformation, speziell zu Wachstumskritik und Postwachstum.